

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Januar 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen

A. Zielsetzung

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika sollen auf eine sichere steuerliche Grundlage gestellt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten erweitert und vertieft werden. Diesem Zweck dient das Abkommen vom 25. Januar 1973, durch das die doppelte Besteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in beiden Staaten vermieden wird. Darüber hinaus wird das noch lückenhafte Abkommensnetz mit den Staaten des afrikanischen Kontinents erweitert.

B. Lösung

Das Abkommen vom 25. Januar 1973 trifft die erforderlichen Regelungen; es ist ratifizierungsbedürftig (Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes). Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Abkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Alternativvorschläge liegen nicht vor.

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/4) — 521 05 — Do 13/73

Bonn, den 18. Februar 1974

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Januar 1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen mit Begründung. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens und eine Denkschrift zum Vertrag sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 401. Sitzung am 15. Februar 1974 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Brandt

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 25. Januar 1973
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der
Steuern vom Einkommen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 25. Januar 1973 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und dem dazugehörigen Notenwechsel vom 25. Januar 1973 zu diesem Abkommen wird zugestimmt. Das Abkommen und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 25 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht seiner Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 25 Abs. 2 des Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen südafrikanischen und deutschen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung**Zu Artikel 1**

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1965 erhoben werden. Dieser Rückwirkungszeitraum berücksichtigt, daß sich die Verhandlungen über das Abkommen insbesondere wegen der, aus politischen Gründen von der BRD geforderten Ausklammerung Namibias (Südwestafrika), der schließlich auch von der Republik Südafrika zugestimmt wurde, ungewöhnlich lange hinzogen. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels klarstellend vor, daß ihr die Unanfechtbarkeit bereits ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegensteht.

In besonders gelagerten Einzelfällen kann sich durch die im Abkommen vorgesehene Zuordnung der Besteuerungsrechte im Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine höhere Gesamtbelastung an deutscher und südafrikanischer Steuer ergeben, als nach den bisherigen Rechtsvorschriften.

Absatz 2 des Artikels schließt daher — ungeachtet bislang schon geübter Verwaltungsmaßnahmen —

für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung für die Steuerpflichtigen kraft Gesetzes aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an südafrikanischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen und das Schlußprotokoll sollen auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse, zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt zu werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Südafrikas beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Südafrika
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen

Ooreenkoms
tussen die Bondsrepubliek Duitsland
en die Republiek van Suid-Afrika
ter Vermyding van Dubbele Belasting
met betrekking tot Belastings op Inkomste

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the Republic of South Africa
for the Avoidance of Double Taxation
with respect to Taxes on Income

DIE
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
und
DIE REPUBLIK SÜDAFRIKA,

DIE BONDSREPUBLIC DUTSLAND
en
DIE REPUBLIEK VAN SUID-AFRIKA
HET

THE FEDERAL REPUBLIC
OF GERMANY
and
THE REPUBLIC OF SOUTH AFRICA

VON DEM WUNSCH GELEITET,
ein Abkommen zur Vermeidung der
Doppelbesteuerung auf dem Gebiete
der Steuern vom Einkommen zu schlie-
ßen,

AANGESIEN hulle begerig is om 'n
ooreenkoms ter vermyding van dub-
bele belasting met betrekking tot be-
lastings op inkomste aan te gaan,

DESIRING to conclude an Agree-
ment for the avoidance of double
taxation with respect to taxes on
income,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

SOOS VOLG OOREENGEKOM:

HAVE AGREED AS FOLLOWS:—

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Personen,
die in einem Vertragsstaat oder in bei-
den Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 1

Hierdie Ooreenkoms is van toepas-
sing op persone wat inwoners van een
of albei Kontrakterende State is.

Article 1

This Agreement shall apply to per-
sons who are residents of one or
both Contracting States.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne
Rücksicht auf die Art der Erhebung,
für Steuern vom Einkommen, die für
Rechnung eines der beiden Vertrags-
staaten, seiner Länder oder einer ihrer
Gebietskörperschaften erhoben wer-
den.

(2) Als Steuern vom Einkommen
gelten alle Steuern, die vom Gesamt-
einkommen oder von Teilen des Ein-
kommens erhoben werden, einschließ-
lich der Steuern vom Gewinn aus der
Veräußerung beweglichen oder unbe-
weglichen Vermögens, der Lohnsum-
mensteuern sowie der Steuern vom
Vermögenszuwachs.

Artikel 2

(1) Hierdie Ooreenkoms is van toe-
passing op belastings op inkomste
opgelê ten behoeve van elke Kon-
trakterende Staat of van sy Länder,
staatkundige onderverdelings of plaas-
like owerhede, ongeag die wyse waar-
op hulle opgelê word.

(2) Alle belastings wat gehef word
op totale inkomste of op bestanddele
van inkomste, met inbegrip van be-
lastings op winste uit die vervreem-
ding van roerende of onroerende
eiendom, belastings op die totale be-
drae van lone of salarisse deur onder-
nemings betaal, asmede belastings op
waardevermeerdering van kapitaal,
word geag belastings op inkomste te
wees.

Article 2

(1) This Agreement shall apply to
taxes on income imposed on behalf
of each Contracting State or of its
Länder, political subdivisions or local
authorities, irrespective of the manner
in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes
on income all taxes imposed on total
income, or on elements of income,
including taxes on gains from the
alienation of movable or immovable
property, taxes on the total amounts
of wages or salaries paid by enter-
prises, as well as taxes on capital
appreciation.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in der Republik Südafrika:
- die Einkommensteuer (normal tax),
 - die Steuer vom nichtausgeschütteten Gewinn (undistributed profits tax),
 - die Abzugsteuer der gebietsfremden Dividendenempfänger (non-resident shareholders' tax),
 - die Abzugsteuer der gebietsfremden Zinsempfänger (non-residents tax on interest),
 - die Einkommensteuer der Provinzen (provincial income tax)
 - sowie alle übrigen Steuern, die in Südafrika von Personen oder vom Einkommen von Personen erhoben werden
 - (im folgenden als „südafrikanische Steuer“ bezeichnet);
- b) in der Bundesrepublik Deutschland:
- die Einkommensteuer,
 - die Körperschaftsteuer und
 - die Gewerbesteuer
 - (im folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens gelten entsprechend für die nicht nach den Einkommen berechnete deutsche Gewerbesteuer.

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert:

- a) bedeutet der Ausdruck „Südafrika“ die Republik Südafrika und umfaßt, im geographischen Sinne verwendet, den steuerrechtlich als Inland bezeichneten Teil der hohen See, in dem Südafrika in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht seine Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Naturschätze ausüben darf;
- b) bedeutet der Ausdruck „Bundesrepublik“ die Bundesrepublik Deutschland und, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie das an die Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland angrenzende und steuerrechtlich als Inland bezeichnete Gebiet, in dem

(3) Die bestaande belastingen waarop hierdie Ooreenkoms van toepassing is, is in die besonder:

- (a) in die Republiek van Suid-Afrika:
- die normale belasting,
 - die belasting op onuitgekeerde winste,
 - die belasting op buitelandse aandeelhouders,
 - die rentebelasting op buitelanders,
 - die provinsiale inkomstebelasting,
 - en ook alle ander belastingen op persone of op die inkomste van persone, wat in Suid-Afrika heftbaar is
 - (hieronder „Suid-Afrikaanse belasting“ genoem);
- (b) in die Bondsrepubliek Duitsland:
- die Einkommensteuer (die inkomstebelasting),
 - die Körperschaftsteuer (die maatskappybelasting), en
 - die Gewerbesteuer (die handelsbelasting)
 - (hieronder „Duitse belasting“ genoem).

(4) Hierdie Ooreenkoms is ook van toepassing op enige identiese of wesenlik soortgelyke belastingen wat hierna bykomend tot, of in plaas van, die bestaande belastingen opgelê word.

(5) Die bepalings van hierdie Ooreenkoms met betrekking tot die belasting van inkomste is insgelyks van toepassing op die Duitse Gewerbesteuer (handelsbelasting), wat op 'n ander basis as inkomste bereken word.

Artikel 3

(1) In hierdie Ooreenkoms, tensy die samehang anders vereis:

- (a) beteken die uitdrukking „Suid-Afrika“ die Republiek van Suid-Afrika en, wanneer in 'n geografiese sin gebruik, ook daardie deel van die oop see wat ooreenkomstig die volkereg betreffende die regte wat Suid-Afrika met betrekking tot die seebodem en ondergrond en hulle natuurlike hulpbronne mag uitoefen, vir belastingdoeleindes aangewys is as binnelandse gebied;
- (b) beteken die uitdrukking „Bondsrepubliek“ die Bondsrepubliek Duitsland en, wanneer in 'n geografiese sin gebruik, beteken dit die gebied waarin die Grondwet van die Bondsrepubliek Duitsland van krag is, asook enige gebied geleë aan die territoriale waters van die Bondsrepubliek Duitsland, wat ooreenkomstig die volkereg

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are, in particular:

- (a) In the Republic of South Africa:
- the normal tax,
 - the undistributed profits tax,
 - the non-resident shareholders' tax,
 - the non-residents tax on interest,
 - the provincial income tax,
 - and all other taxes on persons or on the incomes of persons which are chargeable in South Africa
 - (hereinafter referred to as "South African tax");
- (b) in the Federal Republic of Germany:
- die Einkommensteuer (the income tax),
 - die Körperschaftsteuer (the corporation tax), and
 - die Gewerbesteuer (the trade tax)
 - (hereinafter referred to as "German tax").

(4) This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes which are subsequently imposed in addition to, or in place of the existing taxes.

(5) The provisions of this Agreement in respect of the taxation of income shall likewise apply to the German Gewerbesteuer (trade tax) computed on a basis other than income.

Article 3

(1) In this Agreement, unless the context otherwise requires:

- (a) The term "South Africa" means the Republic of South Africa and, when used in a geographical sense, includes that area of the high seas designated, in accordance with international law as related to the rights which South Africa may exercise with respect to the sea bed and sub-soil and their natural resources, as domestic area for tax purposes;
- (b) The term "Federal Republic" means the Federal Republic of Germany and, when used in a geographical sense, means the territory in which the Basic Law for the Federal Republic of Germany is in force, as well as any area adjacent to the territorial waters of the Federal Republic of Germany designated, in accord-

die Bundesrepublik in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ihre Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Naturschätze ausüben darf;

- c) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragstaat“ und „der andere Vertragstaat“, je nach dem Zusammenhang, Südafrika oder die Bundesrepublik;
- d) bedeutet der Ausdruck „Steuer“, je nach dem Zusammenhang, die südafrikanische Steuer oder die deutsche Steuer;
- e) umfaßt der Ausdruck „Person“ Personen jeder Art, natürliche und juristische Personen;
- f) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen und Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- g) aa) bedeutet der Ausdruck „eine in Südafrika ansässige Person“ eine Person, die — ohne eine Gesellschaft zu sein — für die Zwecke der südafrikanischen Steuer in Südafrika ansässig ist, sowie eine Gesellschaft, die in Südafrika gegründet worden ist oder dort ihre Geschäftsleitung hat;
- bb) bedeutet der Ausdruck „eine in der Bundesrepublik ansässige Person“ eine Person, die für die Zwecke der deutschen Steuer in der Bundesrepublik ansässig (unbeschränkt steuerpflichtig) ist;
- cc) ist nach den Unterabsätzen aa und bb eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:
 - i) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen).
 - ii) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragstaat die Person den Mittelpunkt der Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in

betreffende die regte wat die Bondsrepubliek met betrekking tot die seebodem en ondergrond en hulle natuurlike hulpbronne mag uitoeien, vir belastingdoeleindes aangewys is as binnelandse gebied;

- (c) beteken die uitdrukkings „'n Kontrakterende Staat“ en „die ander Kontrakterende Staat“ Suid-Afrika of die Bondsrepubliek, na gelang die samehang vereis;
- (d) beteken die uitdrukking „belasting“ Suid-Afrikaanse belasting of Duitse belasting, na gelang die samehang vereis;
- (e) omvat die uitdrukking „persoon“ enige liggaam van persone, met of sonder regspersoonlikheid;
- (f) beteken die uitdrukking „maatskappy“ enige liggaam met regspersoonlikheid en enige entiteit wat vir belastingdoeleindes as 'n liggaam met regspersoonlikheid beskou word;
- (g) (aa) beteken die uitdrukking „inwoner van Suid-Afrika“ enige persoon (behalwe 'n maatskappy) wat vir doeleindes van Suid-Afrikaanse belasting gewoonlik in Suid-Afrika woonagtig is, en enige maatskappy wat in Suid-Afrika ingelyf is of daarin bestuur of beheer word;
- (bb) beteken die uitdrukking „inwoner van die Bondsrepubliek“ enige persoon wat, vir die doeleindes van Duitse belasting (onderhewig aan onbepaalde belastingaanspreeklikheid) in die Bondsrepubliek woonagtig is;
- (cc) waar as gevolg van die bepalings van subparagrafe (aa) en (bb) 'n individu 'n inwoner van beide Kontrakterende State is, word die saak ooreenkomstig die volgende reëls besleg:
 - (i) Hy word geag 'n inwoner te wees van die Kontrakterende Staat waarin hy 'n permanente tuiste tot sy beskikking het. Indien hy 'n permanente tuiste in beide Kontrakterende State tot sy beskikking het, word hy geag 'n inwoner te wees van die Kontrakterende Staat waarmee sy persoonlike en ekonomiese verhoudings die nouste verbonde is (tuiste van lewensbelange);
 - (ii) indien die Kontrakterende Staat waarin hy die tuiste van sy lewensbelange het, nie bepaal kan word nie, of indien

ance with international law as related to the rights which the Federal Republic may exercise with respect to the sea bed and sub-soil and their natural resources, as domestic area for tax purposes;

- (c) The terms „a Contracting State“ and „the other Contracting State“ mean South Africa or the Federal Republic, as the context requires;
- (d) The term „tax“ means South African tax or German tax, as the context requires;
- (e) The term „person“ includes any body of persons, corporate or not corporate;
- (f) The term „company“ means any body corporate and any entity which is treated as a body corporate for tax purposes;
- (g) (aa) The term „resident of South Africa“ means any person (other than a company) who is ordinarily resident in South Africa for the purposes of South African tax and any company which is incorporated, managed or controlled in South Africa;
- (bb) The term „resident of the Federal Republic“ means any person who is resident in the Federal Republic (subject to unlimited tax liability) for the purposes of German tax;
- (cc) Where by reason of the provisions of sub-paragraphs (aa) and (bb) an individual is a resident of both Contracting States, then this case shall be determined in accordance with the following rules:
 - (i) He shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has a permanent home available to him. If he has a permanent home available to him in both Contracting States, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State with which his personal and economic relations are closest (centre of vital interests);
 - (ii) If the Contracting State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent

keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

iii) Hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Vertragsstaaten oder in keinem der Vertragsstaaten, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt.

iv) Besitzt die Person die Staatsangehörigkeit beider Vertragsstaaten oder keines Vertragsstaates, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

dd) Ist nach den Unterabsätzen aa und bb eine juristische Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet. Dasselbe gilt für Personengesellschaften und andere Personenvereinigungen, die nach dem für sie maßgebenden innerstaatlichen Recht keine juristischen Personen sind.

h) bedeuten die Ausdrücke „in einem Vertragsstaat ansässige Person“ und „in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person“ je nach dem Zusammenhang eine in Südafrika ansässige Person oder eine in der Bundesrepublik ansässige Person;

i) bedeuten die Ausdrücke „südafrikanisches Unternehmen“ und „deutsches Unternehmen“ je nachdem ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in Südafrika ansässigen Person betrieben wird, oder ein gewerbliches Unternehmen, das von einer in der Bundesrepublik ansässigen Person betrieben wird, und die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragsstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragsstaates“ je nachdem ein südafrikanisches Unternehmen oder ein deutsches Unternehmen;

j) aa) bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird;

hy nie 'n permanente tuiste in enigeen van die Kontrakterende State tot sy beskikking het nie, word hy geag 'n inwoner te wees van die Kontrakterende Staat waarin hy 'n gebruklike verblyfplek het;

(iii) indien hy 'n gebruklike verblyfplek in beide Kontrakterende State het of in geen van beide State nie, word hy geag 'n inwoner te wees van die Kontrakterende Staat waarvan hy 'n burger is;

(iv) indien hy 'n burger van beide Kontrakterende State is of van geen van beide State nie, moet die bevoegde owerhede van die Kontrakterende State die saak deur middel van onderlinge ooreenkoms besleg;

(dd) waar ingevolge die bepalinge van subparagrafe (aa) en (bb) 'n regs persoon 'n inwoner van beide Kontrakterende State is, dan word hy geag 'n inwoner te wees van die Kontrakterende Staat waarin sy plek van effektiewe bestuur geleë is. Dieselfde bepaling is van toepassing op vennootskappe en verenigings wat ingevolge die wette waardeur hulle beheer word, nie regs persone is nie;

(h) beteken die uitdrukkings „inwoner van 'n Kontrakterende Staat“ en „inwoner van die ander Kontrakterende Staat“ 'n persoon wat 'n inwoner is van Suid-Afrika of 'n persoon wat 'n inwoner is van die Bondsrepubliek, na gelang die samehang vereis;

(i) beteken die uitdrukkings „Suid-Afrikaanse onderneming“ en „onderneming van die Bondsrepubliek“ onderskeidelik 'n nywerheids- of handelsonderneming wat deur 'n inwoner van Suid-Afrika gedryf word en 'n nywerheids- of handelsonderneming wat deur 'n inwoner van die Bondsrepubliek gedryf word, en beteken die uitdrukkings „onderneming van 'n Kontrakterende Staat“ en „onderneming van die ander Kontrakterende Staat“ 'n Suid-Afrikaanse onderneming of 'n onderneming van die Bondsrepubliek, na gelang die samehang vereis;

(j) (aa) beteken die uitdrukking „permanente saak“ 'n vaste besigheidsplek waarin die besigheid van die onderneming geheel of gedeeltelik uitgeoefen word;

home available to him in either Contracting State, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which he has an habitual abode;

(iii) If he has an habitual abode in both Contracting States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the Contracting State of which he is a national;

(iv) If he is a national of both Contracting States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement;

(dd) Where by reason of the provisions of sub-paragraphs (aa) and (bb) a legal person is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the Contracting State in which its place of effective management is situated. The same provision shall apply to partnerships and associations which under the national laws by which they are governed are not legal persons.

(h) The terms "resident of a Contracting State" and "resident of the other Contracting State" mean a person who is a resident of South Africa or a person who is a resident of the Federal Republic, as the context requires;

(i) The terms "South African enterprise" and "Federal Republic enterprise" mean respectively an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of South Africa and an industrial or commercial enterprise or undertaking carried on by a resident of the Federal Republic, and the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean a South African enterprise or a Federal Republic enterprise, as the context requires;

(j) (aa) The term "permanent establishment" means a fixed place of business in which the business of the enterprise is wholly or partly carried on;

- | | | |
|---|---|--|
| <p>bb) als Betriebstätten gelten insbesondere:
 ein Ort der Leitung,
 eine Zweigniederlassung,
 eine Geschäftsstelle,
 eine Fabrikationsstätte,
 eine Werkstätte,
 ein Bergwerk, ein Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
 eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.</p> | <p>(bb) permanente saak sluit veral in:
 'n plek van bestuur;
 'n tak;
 'n kantoor;
 'n fabriek;
 'n werkwinkel;
 'n myn, steengroef of ander plek van ontginning van natuurlike hulpbronne;
 'n bouterrein of konstruksie- of monteerskema wat langer as twaalf maande bestaan;</p> | <p>(bb) A permanent establishment shall include especially:
 a place of management;
 a branch;
 an office;
 a factory;
 a workshop;
 a mine, quarry or other place of extraction of natural resources;
 a building site or construction or assembly project which exists for more than twelve months;</p> |
| <p>cc) Als Betriebstätten gelten nicht:</p> <p>Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;</p> <p>Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;</p> <p>Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;</p> <p>eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;</p> <p>eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.</p> | <p>(cc) word die uitdrukking „permanente saak“ nie geag die volgende in te sluit nie:</p> <p>Die aanwending van fasiliteite alleenlik vir die doel om goedere of handelware wat aan die onderneming behoort, op te berg, te vertoon of af te lewer;</p> <p>die instandhouding van 'n voorraad goedere of handelware wat aan die onderneming behoort alleenlik met die doel om dit op te berg, te vertoon of af te lewer;</p> <p>die instandhouding van 'n voorraad goedere of handelware wat aan die onderneming behoort, alleenlik vir doeleindes van verwerking deur 'n ander onderneming;</p> <p>die instandhouding van 'n vaste besigheidsplek alleenlik met die doel om goedere of handelware aan te koop, of vir die versameling van inligting, vir die onderneming;</p> <p>die instandhouding van 'n vaste besigheidsplek alleenlik met die doel om te adverteer, vir die verskaffing van inligting, vir wetenskaplike navorsing of vir dergelike bedrywighede wat van 'n voorlopige of bykomstige aard is, vir die onderneming;</p> | <p>(cc) The term "permanent establishment" shall not be deemed to include:</p> <p>the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;</p> <p>the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;</p> <p>the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;</p> <p>the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise, or for collecting information, for the enterprise;</p> <p>the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of advertising, for the supply of information, for scientific research or for similar activities which have a preparatory or auxiliary character, for the enterprise;</p> |
| <p>dd) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes ee — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit</p> | <p>(dd) 'n persoon wat in 'n Kontrakterende Staat namens 'n onderneming van die ander Kontrakterende Staat optree — uitgesonderd 'n agent met onafhanklike status op wie subparagraaf (ee) van toepassing is — word geag 'n permanente saak in eersgenoemde Staat te wees indien hy magtiging besit, en dit gewoonlik in daardie Staat uitoefen, om kontrakte in die naam van die onderneming te sluit, tensy sy bedrywig-</p> | <p>(dd) A person acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State — other than an agent of an independent status to whom sub-paragraph (ee) applies — shall be deemed to be a permanent establishment in the first-mentioned State if he has, and habitually exercises in that State, an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless his activities are limited to the purchase of</p> |

- | | | |
|---|---|--|
| <p>auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.</p> | <p>hede tot die aankoop van goedere of handelware vir die onderneming beperk word;</p> | <p>goods or merchandise for the enterprise.</p> |
| <p>ee) Ein Unternehmen eines Vertragstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in dem anderen Vertragstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.</p> | <p>(ee) 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat word nie geag 'n permanente saak in die ander Kontrakterende Staat te hê nie enkel omdat hy in daardie ander Staat besigheid dryf deur bemiddeling van 'n makelaar, algemene kommissie-agent of enige ander agent met onafhanklike status, waar enige sodanige persoon in die gewone loop van sy besigheid optree;</p> | <p>(ee) An enterprise of a Contracting State shall not be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State merely because it carries on business in that other State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, where any such person is acting in the ordinary course of his business.</p> |
| <p>ff) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebstätte der anderen.</p> | <p>(ff) die feit dat 'n maatskappy wat 'n inwoner is van 'n Kontrakterende Staat 'n maatskappy beheer, of deur 'n maatskappy beheer word, wat 'n inwoner van die ander Kontrakterende Staat is of wat in dié ander Staat besigheid dryf (hetsy deur middel van 'n permanente saak of andersins) beteken nie op sigself dat enigeen van die maatskappye 'n permanente saak van die ander is nie;</p> | <p>(ff) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.</p> |
| <p>k) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehörige“:</p> | <p>(k) beteken die uitdrukking „burgers“:</p> | <p>(k) The term “nationals” means:</p> |
| <p>aa) in Bezug auf die Bundesrepublik:</p> <p>alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht errichtet worden sind;</p> | <p>(aa) in die geval van die Bondsrepubliek:</p> <p>alle Duitsers ingevolge artikel 116 (1) van die Grondwet van die Bondsrepubliek Duitsland en alle regspersone, vennootskappe en verenigings wat hul status as sodanig verkry ingevolge die wet wat in die Bondsrepubliek van krag is;</p> | <p>(aa) in the case of the Federal Republic:</p> <p>all Germans in the meaning of Article 116 (1) of the Basic Law for the Federal Republic of Germany and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in the Federal Republic;</p> |
| <p>bb) in Bezug auf Südafrika:</p> <p>alle südafrikanischen Staatsbürger sowie alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Südafrika geltenden Recht errichtet worden sind.</p> | <p>(bb) in die geval van Suid-Afrika:</p> <p>alle Suid-Afrikaanse burgers en alle regspersone, vennootskappe en verenigings wat hul status as sodanig verkry ingevolge die wet wat in Suid-Afrika van krag is;</p> | <p>(bb) in the case of South Africa:</p> <p>all South African citizens and all legal persons, partnerships and associations deriving their status as such from the law in force in South Africa.</p> |
| <p>l) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörden“ auf Seiten Südafrikas den Secretary for Inland Revenue und auf Seiten der Bundesrepublik den Bundesminister der Finanzen.</p> | <p>(l) beteken die uitdrukking „bevoegde owerhede“ die Sekretaris van Binnelandse Inkomste, in die geval van Suid-Afrika, en die Bondsminister van Finansies, in die geval van die Bondsrepubliek.</p> | <p>(l) The term “competent authorities” means the Secretary for Inland Revenue in the case of South Africa and the Federal Minister of Finance in the case of the Federal Republic.</p> |
| <p>(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder in dem Abkommen nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht</p> | <p>(2) Wat betref die toepassing van hierdie ooreenkoms deur 'n Kontrakterende Staat het 'n uitdrukking wat nie anders in die ooreenkoms omskryf is nie, tensy die samehang anders vereis, die betekenis wat daaraan</p> | <p>(2) As regards the application of this Agreement by a Contracting State any term not otherwise defined in the Agreement shall, unless the context otherwise requires, have the meaning which it has under the laws of that</p> |

dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4

(1) Gewerbliche Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen in dem anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen eine gewerbliche Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind dieser Betriebsstätte die gewerblichen Gewinne zuzurechnen, die sie in diesem anderen Staat hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbstständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(4) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Die so entstandenen Aufwendungen werden insoweit zum Abzug zugelassen, als sie nach dem Recht des Staates, in dem die Betriebsstätte liegt, abzugsfähig sind.

(5) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 5

Wenn

a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist, oder

geheg word ooreenkomstig die wette van daardie Staat betreffende die belastingen waarop die ooreenkoms van toepassing is.

Artikel 4

(1) Die nywerheids- of handelswinsten van 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat is alleenlik in daardie Staat belasbaar, tensy die onderneming 'n bedryf of besigheid in die ander Kontrakterende Staat uitoefen of dryf deur middel van 'n permanente saak wat daarin geleë is. Indien hy soos voornoemd 'n bedryf of besigheid uitoefen of dryf, kan belasting in die ander Staat op daardie winste gehef word, maar slegs op soveel daarvan as wat aan daardie permanente saak toegeskryf kan word.

(2) Wanneer 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat 'n bedryf of besigheid in die ander Kontrakterende Staat uitoefen of dryf deur middel van 'n permanente saak wat daarin geleë is, word aan daardie permanente saak dié handels- of nywerheidswinsten toegeskryf wat hy na verwagting in daardie ander Staat kan verkry as hy 'n bepaalde en afsonderlike onderneming is wat hom met dieselfde of soortgelyke bedrywighede onder dieselfde of soortgelyke omstandighede besig hou en heeltemal onafhanklik met die onderneming waarvan hy 'n permanente saak is, handel dryf.

(3) Geen winste word toegeskryf aan 'n permanente saak uit hoofde van net die aankoop deur daardie permanente saak van goedere of handelsware vir die onderneming nie.

(4) By die vasstelling van die winste van 'n permanente saak word as aftrekkings toegelaat koste wat vir die doeleindes van die permanente saak aangegaan is, met inbegrip van bestuurs- en algemene administrasiekoste aldus aangegaan, hetsy in die Staat waarin die permanente saak geleë is of elders aangegaan. Indien die koste aldus aangegaan word, word dit toegelaat in dié mate waarin dit ingevolge die wet van die Staat waarin die permanente saak geleë is, aftrekbaar is.

(5) Wanneer winste items van inkomste insluit wat afsonderlik in ander artikels van hierdie ooreenkoms behandeld word, word die bepalings van daardie artikels nie deur die bepalings van hierdie artikel geraak nie.

Artikel 5

Wanneer —

(a) 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat regstreeks of onregstreeks in die bestuur, beheer of kapitaal van 'n onderneming van die ander Kontrakterende Staat deel het, of —

State relating to the taxes to which the Agreement applies.

Article 4

(1) The industrial or commercial profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If it carries on a trade or business as aforesaid, tax may be imposed on those profits in the other State but only on so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Where an enterprise of a Contracting State carries on a trade or business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein there shall be attributed to that permanent establishment the commercial or industrial profits which it might be expected to derive in that other State if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

(4) In the determination of the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. If the expenses are so incurred they shall be allowed to the extent that they are deductible under the law of the State in which the permanent establishment is situated.

(5) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 5

Where

(a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or

b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind,

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 6

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr (einschließlich des Verkehrs zwischen Orten desselben Landes im Verlauf einer Reise, die sich über mehrere Länder erstreckt) können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens, das Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr betreibt, an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß gleich welcher Art.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die einem Unternehmen gehören, dessen Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung sich in Südafrika befindet, und die von diesem Unternehmen im internationalen Verkehr betrieben werden, sind in der Bundesrepublik von der Vermögensteuer befreit.

Artikel 7

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

(a) 7,5 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen eine Personengesellschaft) ist, der mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der die Dividenden zahlenden Gesellschaft unmittelbar gehören;

(b) dieselfde persone regstreeks of onregstreeks in die bestuur, beheer of kapitaal van 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat en 'n onderneming van die ander Kontrakterende Staat deel het.

en, in eikeen van die gevalle voorwaardes tussen die twee ondernemings met betrekking tot of hul handels- of hul finansiële verhoudings gestel of opgelê word, wat verskil van dié wat tussen onafhanklike ondernemings gestel sou word, kan winste wat by ontstaanis van daardie voorwaardes een van die ondernemings sou toegeval het, maar as gevolg van daardie voorwaardes nie aldus toegeval het nie, by die winste van daardie onderneming ingesluit en dienoreenkostig belas word.

Artikel 6

(1) Winste uit die eksploitasie van skepe of vliegtuie in internasionale verkeer (met inbegrip van verkeer tussen plekke in een land in die loop van 'n reis wat oor meer as een land strek) is belasbaar slegs in die Kontrakterende Staat waarin die plek van effektiewe bestuur van die onderneming geleë is.

(2) Die bepalings van paragraaf (1) is insgelyks van toepassing ten opsigte van deelname in „pools“, in 'n gesamentlike besigheid of in 'n internasionale bedryfsagentskap van watter aard ook al deur ondernemings wat skepe en vliegtuie in internasionale verkeer eksploiteer.

(3) Skepe en vliegtuie wat in die besit van 'n onderneming is waarvan die plek van effektiewe bestuur in Suid-Afrika geleë is en wat deur daardie onderneming in internasionale verkeer geëksploiteer word, word van kapitale belasting in die Bondsrepubliek vrygestel.

Artikel 7

(1) Dividende deur 'n maatskappy wat 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat is, aan 'n inwoner van die ander Kontrakterende Staat betaal, kan in daardie ander Staat belas word.

(2) Die Kontrakterende Staat waarvan die maatskappy wat die dividende betaal, 'n inwoner is, het egter die reg om sodanige dividende ooreenkostig sy eie wet te belas, maar die belasting wat aldus opgelê word, mag die volgende nie te bowe gaan nie: —

(a) 7,5 persent van die bruto som van die dividende indien die ontvanger 'n maatskappy is (vennootskappe uitgesluit) wat regstreeks minstens 25 persent besit van die stemhebbende aandeel van die maatskappy wat die dividende betaal.

(b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises, in either their commercial or financial relations, which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would but for those conditions have accrued to one of the enterprises but by reason of those conditions have not so accrued may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 6

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic (including traffic between places in one country in the course of a voyage which extends over more than one country) shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) The provisions of paragraph (1) shall likewise apply in respect of participations in pools, in a joint business or in an international operations agency of any kind by enterprises engaged in the operation of ships and aircraft in international traffic.

(3) Ships and aircraft owned and operated in international traffic by an enterprise the place of effective management of which is situated in South Africa shall be exempt from capital tax in the Federal Republic.

Article 7

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, and according to the law of that State, but the tax so charged shall not exceed:

(a) 7,5 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnerships) which owns directly at least 25 per cent of the voting shares of the company paying the dividends;

(b) 15 vom Hundert des Bruttobetrages der Dividenden in Fällen, die nicht unter Buchstabe a fallen, vorausgesetzt, daß die Dividenden in dem anderen Vertragsstaat der Besteuerung unterliegen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 darf bei Dividenden, die eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft an eine in Südafrika ansässige Gesellschaft zahlt, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der erstgenannten Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar gehören, die deutsche Steuer 25,75 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Dividenden nicht übersteigen, solange der Satz der deutschen Körperschaftsteuer für ausgeschüttete Gewinne niedriger ist als für nichtausgeschüttete Gewinne und der Unterschied zwischen diesen beiden Sätzen 20 Einheiten oder mehr beträgt. Beträgt der Unterschied zwischen den beiden Sätzen mindestens 10 Einheiten, jedoch weniger als 20 Einheiten, so darf bei diesen Dividenden die deutsche Steuer 15 vom Hundert des Bruttobetrages dieser Dividenden nicht übersteigen.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind. Er umfaßt auch die Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter sowie Einkünfte aus Ausschüttungen auf Anteilscheine von Kapitalanlagegesellschaften.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch nichtausgeschüttete Gewinne

(b) 15 percent van die bruto som van die dividende in gevalle nie in subparagraaf (a) behandel nie, indien sodanige dividende in die ander Kontrakterende Staat belasbaar is.

(3) Ondanks die bepalings van paragraaf (2), mag Duitse belasting op dividende aan 'n maatskappy wat 'n inwoner van Suid-Afrika is, betaal deur 'n maatskappy wat 'n inwoner van die Bondsrepubliek is en waarvan minstens 25 percent van die kapitaal regstreeks of onregstreeks besit word deur eersgenoemde maatskappy self, of deur hom saam met ander persone wat hom beheer of wat met hom onder gesamentlike beheer is, nie 25,75 percent van die bruto som van sodanige dividende te bowe gaan nie, solank die skaal van Duitse maatskappybelasting op uitgekeerde winste laer as dié op onuitgekeerde winste, en die verskil tussen daardie twee skale 20 eenhede of meer is. Wanneer die verskil tussen die skale 10 eenhede of meer maar minder as 20 eenhede is, mag Duitse belasting op sodanige dividende nie 15 percent van die bruto som van sodanige dividende te bowe gaan nie.

(4) Die uitdrukking „dividende“ soos in hierdie Artikel gebesig, beteken inkomste uit aandele, „jouissance“-aandele of „jouissance“-regte, mynaandele, stigtersaandele of ander winsdelende regte wat nie skuldeise is nie, asook inkomste uit ander regs-persoonsregte wat deur die belastingwetgewing van die Staat waarvan die maatskappy wat die uitkering doen, 'n inwoner is, met inkomste uit aandele gelyk gestel word. Dit sluit in die inkomste wat 'n stille vennoot (stiller Gesellschafter) uit sy deelname as sodanige verkry, asmede inkomste uit uitkerings ten opsigte van sertifikate van 'n beleggingstrust.

(5) Die bepalings van paragrawe (1) tot (3) is nie van toepassing nie indien die ontvanger van die dividende 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat is, en in die ander Kontrakterende Staat, waarvan die maatskappy wat die dividende betaal, 'n inwoner is, 'n permanente saak het waarmee die aandeelbesit wat aanleidend tot die dividende gee, effektief verbind is. In so 'n geval is die bepalings van artikel 4 van toepassing.

(6) Wanneer 'n maatskappy wat 'n inwoner is van 'n Kontrakterende Staat winste of inkomste ontvang uit die ander Kontrakterende Staat, mag sodanige ander Staat geen belasting hef nie op die dividende deur die maatskappy betaal aan persone wat nie inwoners van daardie ander Staat is

(b) 15 per-cent of the gross amount of the dividends in cases not dealt with in sub-paragraph (a) if such dividends are subject to tax in the other Contracting State.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph (2) German tax on dividends paid to a company being a resident of South Africa by a company being a resident of the Federal Republic, at least 25 per cent of the capital of which is owned directly or indirectly by the former company itself, or by it together with other persons controlling it or being under common control with it, shall not exceed 25,75 per cent of the gross amount of such dividends as long as the rate of German corporation tax on distributed profits is lower than that on undistributed profits and the difference between those two rates is 20 units or more. Where the difference between the rates is 10 units or more but less than 20 units, German tax on such dividends shall not exceed 15 per cent of the gross amount of such dividends.

(4) The term „dividends“ as used in this Article means, income from shares, „jouissance“ shares or „jouissance“ rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights assimilated to income from shares by the taxation law of the State of which the company making the distribution is a resident. It includes the income derived by a sleeping partner (stiller Gesellschafter) from his participation as such and income from distribution on certificates of an investment trust.

(5) The provisions of paragraphs (1) to (3) shall not apply if the recipient of the dividends, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, a permanent establishment with which the holding giving rise to the dividends is effectively connected. In such case, the provisions of Article 4 shall apply.

(6) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company to persons who are not residents of that other State, or subject the company's undistributed

der Gesellschaft einer Steuer für nicht-ausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 8

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen können jedoch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber 10 vom Hundert des Betrages der Zinsen nicht übersteigen, vorausgesetzt, daß diese Zinsen in dem anderen Vertragsstaat der Besteuerung unterliegen.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(5) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(6) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger

nie, of die maatskappy se onuitgekeerde winste aan 'n belasting op onuitgekeerde winste onderwerp nie, selfs al bestaan die betaalde dividende of onuitgekeerde winste uitsluitlik of gedeeltelik uit winste of inkomste wat in sodanige ander Staat ontstaan.

Artikel 8

(1) Rente afkomstig uit 'n Kontrakterende Staat en wat aan 'n inwoner van die ander Kontrakterende Staat betaal word, mag in daardie ander Staat belas word.

(2) Sodanige rente mag egter in die Kontrakterende Staat waaruit dit afkomstig is, en ooreenkomstig die wet van daardie Staat, belas word; maar die belasting aldus opgelê, gaan nie 10 persent van die som van die rente te bowe nie indien sodanige rente in die ander Kontrakterende Staat belasbaar is.

(3) Die uitdrukking „rente“ soos in hierdie artikel gebesig, beteken inkomste uit staatseffekte, obligasies of skuldbriewe, hetsy verseker deur verband al dan nie, en hetsy dit 'n reg inhou om in winste te deel al dan nie, en uit skuldeise van elke soort, asook enige ander vorm van inkomste wat deur die belastingwet van die Staat waarin die inkomste ontstaan, met inkomste uit geleende geld gelykgestel word.

(4) Die bepaling van paragraaf (1) is nie van toepassing nie indien die ontvanger van die rente 'n inwoner van die Kontrakterende Staat is en in die ander Kontrakterende Staat waaruit die rente afkomstig is, 'n permanente saak het waarmee die skuldeis waaruit die rente voortspruit, effektief verbind is. In so 'n geval is die bepaling van artikel 4 van toepassing.

(5) Rente word geag in 'n Kontrakterende Staat te ontstaan wanneer daardie Staat self, 'n Land, 'n staatkundige onderverdeling, 'n plaaslike owerheid of 'n inwoner van daardie Staat die betaler is. Wanneer die persoon wat die rente betaal, hetsy hy 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat is of nie, egter 'n permanente saak in 'n Kontrakterende Staat het in verband waarmee die skuldeis waarop die rente betaal word, aangegaan is, en sodanige rente deur sodanige permanente saak gedra word, word sodanige rente geag te ontstaan in die Kontrakterende Staat waarin die permanente saak geleë is.

(6) Waar, as gevolg van 'n besondere verhouding tussen die betaler en die ontvanger of tussen albei van hulle en 'n ander persoon, die bedrag van die rente betaal, met inagneming van die skuldeis ten opsigte waarvan dit betaal word, die bedrag te bowe

profits to a tax on undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 8

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the law of that State; but the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the amount of the interest if such interest is subject to tax in the other Contracting State.

(3) The term "interest" as used in this Article means income from Government securities, from bonds or debentures, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in profits, and debt-claims of every kind as well as all other income assimilated to income from money lent by the taxation law of the State in which the income arises.

(4) The provisions of paragraph (1) shall not apply if the recipient of the interest, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the interest arises a permanent establishment with which the debt-claim from which the interest arises is effectively connected. In such a case, the provisions of Article 4 shall apply.

(5) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(6) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the interest paid, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been

ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 9

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden, vorausgesetzt, daß diese Lizenzgebühren in diesem anderen Staat der Besteuerung unterliegen.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Warenzeichen, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 4 anzuwenden.

(4) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eines seiner Länder, eine ihrer Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die

gaan wat by ontstentenis van sodanige verhouding tussen die betaler en die ontvanger ooreengekom sou gewees het, is die bepalings van hierdie artikel slegs op laasgenoemde bedrag van toepassing. In so 'n geval bly die oortollige gedeelte van die betalings ingevolge die wet van elkeen van die Kontrakterende State belasbaar, maar met behoorlike inagneming van die ander bepalings van hierdie Ooreenkoms.

Artikel 9

(1) Tantième wat uit 'n Kontrakterende Staat ontstaan en wat aan 'n inwoner van die ander Kontrakterende Staat betaal is, is slegs in daardie ander Staat belasbaar, indien sodanige tantième in daardie ander Staat aan belasting onderworpe is.

(2) Die uitdrukking „tantième“, soos in hierdie artikel gebesig, beteken betalings van enige aard ontvang as vergoeding vir die gebruik van, of die reg op die gebruik van enige kopiereg van 'n letterkundige, kuns- of wetenskaplike werk, met inbegrip van kinematograafilms, enige patent, handelsmerk, ontwerp of model, plan, geheime formule of proses, of vir die gebruik van, of die reg op die gebruik van industriële, handels- of wetenskaplike uitrusting, of vir inligting aangaande industriële, handels- of wetenskaplike ondervinding.

(3) Die bepalings van paragraaf (1) is nie van toepassing nie indien die ontvanger van die tantième 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat is en in die ander Kontrakterende Staat waarin die tantième ontstaan, 'n permanente saak het waarmee die reg of eiendom wat aanleiding gee tot die tantième, effektief verbind is. In so 'n geval is die bepalings van artikel 4 van toepassing.

(4) Tantième word geag in 'n Kontrakterende Staat te ontstaan wanneer daardie Staat self, 'n Land, 'n staatkundige onderverdeling, 'n plaaslike owerheid of 'n inwoner van daardie Staat die betaler is. Wanneer die persoon wat die tantième betaal, hetsy hy 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat is of nie, egter 'n permanente saak in 'n Kontrakterende Staat het ten opsigte waarvan die verpligting om die tantième te betaal, aangegaan is, en die tantième deur sodanige permanente saak gedra word, word die tantième geag te ontstaan in die Kontrakterende Staat waarin die permanente saak geleë is.

(5) Waar, as gevolg van 'n besondere verhouding tussen die betaler en die ontvanger of tussen albei van hulle en 'n ander persoon, die bedrag

agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 9

(1) Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State, if such royalties are subject to tax in such other State.

(2) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph (1) shall not apply if the recipient of the royalties, being a resident of a Contracting State, has in the other Contracting State in which the royalties arise a permanent establishment with which the right or property giving rise to the royalties is effectively connected. In such a case, the provisions of Article 4 shall apply.

(4) Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a Land, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the obligation to pay the royalties was incurred, and the royalties are borne by the permanent establishment, then the royalties shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment is situated.

(5) Where, owing to a special relationship between the payer and the recipient or between both of them and some other person, the amount of the

gezählten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 10

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen und anderen Bodenschätzen; Seeschiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen. Sie gelten ebenso für Gewinne aus der Veräußerung von unbeweglichem Vermögen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen anderer als land- und forstwirtschaftlicher Unternehmen und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 11

(1) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte darstellt, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates in dem anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Vertragsstaat verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei

van die tantième betaal, met inagneming van die gebruik, reg of inligting waarvoor dit betaal word, die bedrag wat by ontstentenis van sodanige verhouding tussen die betaler en die ontvanger ooreengekom sou gewees het, te bowe gaan, is die bepalings van hierdie artikel slegs op laasgenoemde bedrag van toepassing. In so 'n geval bly die oortollige gedeelte van die betalings ingevolge die wet van elkeen van die Kontrakterende State belasbaar, maar met behoorlike inagneming van die ander bepalings van hierdie Ooreenkoms.

Artikel 10

(1) Inkomste uit onroerende eiendom mag belas word in die Kontrakterende Staat waarin sodanige eiendom geleë is.

(2) Die uitdrukking „onroerende eiendom“ word omskryf ooreenkomstig die wette van die Kontrakterende Staat waarin die onderhawige eiendom geleë is. Die uitdrukking sluit in elke geval eiendom in wat bykomend by onroerende eiendom is, lewende hawe en uitrusting van landbou- en bosbou-ondernemings, regte waarop die bepalings van die algemene reg betreffende grond van toepassing is, vruggebruik van onroerende eiendom en regte op wisselende of vaste betalings as vergoeding vir die ontginning, of die reg tot ontginning, van mineraalafsettings en ander natuurlike hulpbronne; skepe en vliegtuie word nie geag onroerende eiendom te wees nie.

(3) Die bepalings van paragrafe (1) en (2) is van toepassing op inkomste verkry uit die regstreekse gebruik of uit die verhuur van onroerende eiendom of uit die gebruik in enige ander vorm van sodanige eiendom, met inbegrip van inkomste uit landbou- en bosbou-ondernemings. Dit is insgelyks van toepassing op winste uit die vreemding van onroerende eiendom.

(4) Die bepalings van paragrafe (1) tot (3) is ook van toepassing op die inkomste uit onroerende eiendom van enige ander ondernemings as landbou- en bosbou-ondernemings en op inkomste afkomstig van onroerende eiendom wat vir die verrigting van professionele dienste gebruik word.

Artikel 11

(1) Winste uit die vervreemding van roerende eiendom wat deel uitmaak van die besigheidsvermoë van 'n permanente saak wat 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat in die ander Kontrakterende Staat het, of van roerende eiendom wat betrekking het op 'n vaste basis wat tot die beskikking is van 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat in die ander Kontrakterende Staat vir die doel om

royalties paid, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the recipient in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In that case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the law of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 10

(1) Income from immovable property may be taxed in the Contracting State in which such property is situated.

(2) The term “immovable property” shall be defined in accordance with the laws of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment of agricultural and forestry enterprises, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall apply to income derived from the direct use, letting or use in any other form of immovable property, including income from agricultural or forestry enterprises. They shall likewise apply to profits from the alienation of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs (1) to (3) shall also apply to the income from immovable property of any enterprises other than agricultural or forestry enterprises and to income from immovable property used for the performance of professional services.

Article 11

(1) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing professional services, including such gains

der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Staat besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Seeschiffe und Luftfahrzeuge dient, nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus der Veräußerung des in Absatz 1 nicht genannten beweglichen Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 12

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß diese Einkünfte in diesem Staat nicht der Besteuerung unterliegen oder daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so kann der Teil der Einkünfte, der dieser festen Einrichtung zugerechnet werden kann, in diesem anderen Staat besteuert werden. Verfügt die Person über keine solche feste Einrichtung und unterliegen die Einkünfte in dem Vertragsstaat, in dem sie ansässig ist, nicht der Besteuerung, so kann sie in dem anderen Vertragsstaat mit den Einkünften besteuert werden, die sie aus der dort ausgeübten Tätigkeit bezieht.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Bücherrevisoren.

(3) Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 13

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 16 und 17 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person

professionele dienste te lewer, met inbegrip van sodanige winste afkomstig van die vervreemding van so 'n permanente saak (afsonderlik of tesame met die onderneming in sy geheel) of van so 'n vaste basis, mag in die ander Staat belas word. Winste afkomstig van die vervreemding van skepe en vliegtuie wat in internasionale verkeer geëxploiteer word en roerende eiendom wat in verband staan met die eksploitasie van sodanige skepe en vliegtuie, is egter slegs belasbaar in die Kontrakterende Staat waarin die plek van effektiewe bestuur van die onderneming geleë is.

(2) Winste afkomstig van die vervreemding van enige ander roerende eiendom as dié in paragraaf (1) genoem, is slegs in die Kontrakterende Staat waarvan die vervreemder 'n inwoner is, belasbaar.

Artikel 12

(1) Inkomste deur 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat verkry ten opsigte van professionele dienste of ander onafhanklike werksaamhede van 'n soortgelyke aard, is slegs in daardie Staat belasbaar, tensy sodanige inkomste nie in daardie Staat belasbaar is nie of sodanige inwoner 'n vaste basis in die ander Kontrakterende Staat gereeld tot sy beskikking het vir die verrigting van sy werksaamhede. Indien hy oor so 'n vaste basis beskik, mag sodanige gedeelte van daardie inkomste as wat aan daardie basis toegeskryf kan word, in daardie ander Staat belas word. Indien hy geen sodanige vaste basis het en die inkomste nie in die Kontrakterende Staat waarvan hy 'n inwoner is, belasbaar is nie, mag hy in die ander Kontrakterende Staat belas word op die inkomste verkry uit die verrigting van sy werksaamhede in daardie Staat.

(2) Die uitdrukking „professionele dienste“ omvat in die besonder onafhanklike wetenskaplike, letterkundige, kuns-, opvoedkundige of onderrigaktiwiteite, asmede die onafhanklike aktiwiteite van geneeskundiges, prokureurs, ingenieurs, argitekte, tandartse en rekenmeesters.

(3) Direkteursgelde en soortgelyke betalings deur 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat verkry in sy hoedanigheid van lid van die raad van direkteure van 'n maatskappy wat 'n inwoner van die ander Kontrakterende Staat is, mag in daardie ander Staat belas word.

Artikel 13

(1) Behoudens die bepalings van artikels 15, 16 en 17, is salarisse, lone en ander soortgelyke besoldiging deur 'n inwoner van 'n Kontrakterende

from the alienation of such a permanent establishment (alone or together with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in the other State. However, gains from the alienation of ships and aircraft operated in international traffic and movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) Gains from the alienation of any movable property other than those mentioned in paragraph (1), shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 12

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other independent activities of a similar character shall be taxable only in that State unless such income is not subject to tax in that State or such resident has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities. If he has such a fixed base, such part of that income as is attributable to that base may be taxed in that other State. If he has no such fixed base and the income is not subject to tax in the Contracting State of which he is a resident he may be taxed in the other Contracting State on the income derived from his activities performed therein.

(2) The term “professional services” includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

(3) Director's fees and similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 13

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 16 and 17 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State

aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Einkünfte in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, unter der Voraussetzung, daß sie in dem erstgenannten Staat der Besteuerung unterliegen, nur in diesem Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält,
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeugs im internationalen Verkehr ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 14

Ungeachtet der sonstigen Vorschriften dieses Abkommens können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

Artikel 15

(1) Vergütungen, die von Südafrika oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von Südafrika oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen für gegenwärtig erbrachte Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Zahlung an einen deutschen Staatsangehörigen geleistet wird, der nicht zugleich südafrikanischer Staatsangehöriger ist.

(2) Vergütungen, die von der Bundesrepublik, einem ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von der

Staat ten opsigte van 'n diensbetrekkende verkry, slegs in daardie Staat belasbaar, tensy die betrekking in die ander Kontrakterende Staat uitgeoefen word. Indien die betrekking aldus uitgeoefen word, mag sodanige inkomste as wat daaruit verkry word, in daardie ander Staat belas word.

(2) Ondanks die bepalings van paragraaf (1), is besoldiging deur 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat verkry ten opsigte van 'n betrekking wat in die ander Kontrakterende Staat uitgeoefen word, slegs in eersgenoemde Staat belasbaar indien die inkomste daarin aan belasting onderhewig is en —

- (a) die ontvanger vir 'n tydperk of tydperke van hoogstens altesaam 183 dae gedurende die betrokke belastingjaar in die ander Staat aanwesig is, en
- (b) die besoldiging betaal word deur of namens 'n werkgever wat nie 'n inwoner van die ander Staat is nie, en
- (c) die besoldiging nie gedra word deur die winste van 'n permanente saak of 'n vaste basis wat die werkgever in die ander Staat het nie.

(3) Ondanks die voorgaande bepalings van hierdie artikel, mag besoldiging vir persoonlike dienste wat aan boord van 'n skip of vliegtuig in internasionale verkeer verrig word, in die Kontrakterende Staat waarin die plek van effektiewe bestuur van die onderneming geleë is, belas word.

Artikel 14

Ondanks enigiets in hierdie Ooreenkoms vervat, mag inkomste verkry deur openbare verhoogkunstenaars, soos teater-, bioskoop-, radio- of televisie-artieste en musikante, en deur atlete, uit hul persoonlike bedrywigheede as sodanig, belas word in die Kontrakterende Staat waarin hierdie bedrywigheede uitgeoefen word.

Artikel 15

(1) Besoldiging ten opsigte van huidige dienste wat betaal word deur of uit fondse wat deur Suid-Afrika of enige staatkundige onderverdeling daarvan, geskep is, is slegs in daardie Staat belasbaar, tensy die betaling aan 'n burger van die Bondsrepubliek gemaak word wat nie ook 'n burger van Suid-Afrika is nie.

(2) Besoldiging ten opsigte van huidige dienste wat betaal word deur of uit fondse wat deur die Bondsrepubliek of sy Länder of enige staat-

in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such income as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if the income is subject to tax therein and

- (a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- (b) the remuneration is paid by or on behalf of an employer who is not a resident of the other State, and
- (c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article remuneration in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft in international traffic may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 14

Notwithstanding anything contained in this Agreement, income derived by public entertainers, such as theatre, motion picture, radio or television artists and musicians, and by athletes, from their personal activities as such may be taxed in the Contracting State in which these activities are exercised.

Article 15

(1) Remuneration in respect of present services paid by, or out of funds created by South Africa or any political subdivision thereof shall be taxable only in that State unless the payment is made to a national of the Federal Republic who is not also a national of South Africa.

(2) Remuneration in respect of present services paid by, or out of funds created by the Federal Republic or its Länder or any political subdivision

Bundesrepublik, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen für gegenwärtig erbrachte Dienste gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Zahlung an einen südafrikanischen Staatsangehörigen geleistet wird, der nicht zugleich deutscher Staatsangehöriger ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung auf Vergütungen für Dienste, die im Zusammenhang mit einer auf Gewinnerzielung gerichteten gewerblichen Tätigkeit eines der beiden Vertragsstaaten, eines seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften erbracht werden.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost sowie den entsprechenden Einrichtungen Südafrikas einschließlich des „Department of Transport“ und der „Tourist Corporation of the Republic of South Africa“ gezahlt werden.

Artikel 16

(1) Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, vorausgesetzt, daß diese Einkünfte in diesem Staat der Besteuerung unterliegen.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 sind Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von dem Vertragsstaat, dem Land oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, in dem anderen Vertragsstaat von der Steuer befreit.

(3) Absatz 2 gilt auch für Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, der Deutschen Bundesbahn, der Deutschen Bundespost und den entsprechenden Einrichtungen Südafrikas einschließlich des „Department of Transport“ und der „Tourist Corporation of the Republic of South Africa“ für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden.

(4) Absatz 2 gilt ebenso für Ruhegehälter, Renten und andere wiederkehrende oder einmalige Zahlungen, die von einem Vertragsstaat, einem seiner Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften an eine natürliche Person als Entschädigung für einen Schaden gezahlt werden, der als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden ist.

kundige onderverdeling daarvan, geskep is, is slegs in daardie Staat belasbaar, tensy die betaling gedoen word aan 'n burger van Suid-Afrika wat nie ook 'n burger van die Bondsrepubliek is nie.

(3) Die bepalings van paragrawe (1) en (2) is nie van toepassing op besoldiging ten opsigte van dienste gelewer in verband met enige bedryf of besigheid wat deur die een of die ander Kontrakterende Staat, 'n Land of staatkundige onderverdeling daarvan met die oog op winste uitgeoefen of gedryf word nie.

(4) Die bepalings van paragrawe (1) en (2) is ook van toepassing op besoldiging betaal deur die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost en die ooreenstemmende organisasies van Suid-Afrika, met inbegrip van die Departement van Vervoer en die Toeristekorporasie van die Republiek van Suid-Afrika.

Artikel 16

(1) Pensioene en ander soortgelyke besoldiging wat aan 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat as vergoeding vir eertydse dienste betaal word, is slegs in daardie Staat belasbaar indien dit in daardie Staat aan belasting onderworpe is.

(2) Ondanks die bepalings van paragraaf (1) is pensioene en ander soortgelyke besoldiging wat deur of uit fondse wat deur 'n Kontrakterende Staat, 'n Land of enige staatkundige onderverdeling daarvan geskep is, as vergoeding vir eertydse dienste betaal word, in die ander Kontrakterende Staat van belasting vrygestel.

(3) Die bepalings van paragraaf (2) is ook van toepassing op pensioene en soortgelyke besoldiging wat as vergoeding vir eertydse dienste betaal word deur die Deutsche Bundesbank, die Deutsche Bundesbahn, die Deutsche Bundespost en die ooreenstemmende organisasies van Suid-Afrika, met inbegrip van die Departement van Vervoer en die Toeristekorporasie van die Republiek van Suid-Afrika.

(4) Paragraaf (2) is insgelyks van toepassing op pensioene, jaargelde en ander herhaalde of nie-herhaalde besoldiging wat deur 'n Kontrakterende Staat, 'n Land of 'n staatkundige onderverdeling daarvan aan 'n individu betaal word as vergoeding vir 'n besering opgedoen of skade gely as gevolg van vyandelikhede of politieke vervolging.

thereof shall be taxable only in that State unless the payment is made to a national of South Africa who is not also a national of the Federal Republic.

(3) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall not apply to remuneration in respect of services rendered in connection with any trade or business carried on by either of the Contracting States, a Land or political subdivisions thereof for purposes of profit.

(4) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall also apply to remuneration paid by the Deutsche Bundesbank, the Deutsche Bundesbahn, the Deutsche Bundespost and the corresponding organisations of South Africa, including the Department of Transport, and the Tourist Corporation of the Republic of South Africa.

Article 16

(1) Pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State if such income is subject to tax in that State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph (1), pensions and other similar remuneration paid by, or out of funds created by, a Contracting State, a Land or any political subdivision thereof in consideration of past employment shall be exempt from tax in the other Contracting State.

(3) The provisions of paragraph (2) shall also apply to pensions and similar remuneration paid in consideration of past employment by the Deutsche Bundesbank, the Deutsche Bundesbahn, the Deutsche Bundespost and the corresponding organisations of South Africa, including the Department of Transport, and the Tourist Corporation of the Republic of South Africa.

(4) Paragraph (2) shall likewise apply in respect of pensions, annuities and other recurring or non-recurring remuneration paid to any individual by a Contracting State, a Land or any political subdivision thereof as compensation for an injury or damage sustained as a result of hostilities or political persecution.

Artikel 17

Hochschullehrer oder Lehrer aus einem der Vertragsstaaten, die während eines vorübergehenden Aufenthalts von höchstens zwei Jahren eine Vergütung für fortgeschrittene Studien oder Forschungsarbeiten oder für eine Lehrtätigkeit an einer Universität, einer Forschungsanstalt, einer Hochschule, einer Schule oder einer ähnlichen Anstalt in dem anderen Vertragsstaat erhalten, sind in diesem anderen Staat hinsichtlich dieser Vergütungen von der Steuer befreit.

Artikel 18

Zahlungen, die ein Student oder Lehrling (in der Bundesrepublik einschließlich der Volontäre und Praktikanten) aus einem Vertragsstaat, der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artikel 19

Einkünfte, die in den vorhergehenden Vorschriften nicht behandelt worden sind und die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person bezogen werden, können nur in diesem Staat besteuert werden, vorausgesetzt, daß diese Einkünfte dort der Besteuerung unterliegen.

Artikel 20

(1) Wird nach dem Recht der Bundesrepublik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen eine deutsche Steuer von den Einkünften erhoben, die eine in Südafrika ansässige Person bezieht, so wird Südafrika entweder

- a) von diesen Einkünften keine Steuer erheben oder
- b) die deutsche Steuer auf die von diesen Einkünften zu zahlende südafrikanische Steuer anrechnen.

Die Befreiung von der südafrikanischen Steuer nach Artikel 15 Absatz 2 und Artikel 16 Absätze 2 und 4 wird durch die Regelung dieses Absatzes nicht berührt.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Soweit nicht Buchstabe b anzuwenden ist, werden von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer die Einkünfte aus Quellen innerhalb Südafrikas ausgenom-

Artikel 17

'n Professor of onderwyser van een van die Kontrakterende State wat besoldiging ontvang vir die uitvoering van gevorderde studie of navorsing of vir dosering tydens 'n tydperk van tydlike verblyf van hoogstens twee jaar aan 'n universiteit, navorsingsinstituut, kollege, skool of ander soortgelyke inrigting in die ander Kontrakterende Staat, is in daardie ander Staat vrygestel van belasting ten opsigte van sodanige besoldiging.

Artikel 18

Betalings vir die doeleindes van sy onderhoud, opvoeding of opleiding ontvang deur 'n student of besigheidsvakleerling (wat in die Bondsrepubliek 'n Volontär of 'n Praktikant insluit) van een van die Kontrakterende State en wat in die ander Kontrakterende Staat aanwesig is alleenlik vir die doel van sy opvoeding of opleiding, word nie in daardie ander Staat belas nie, mits sodanige betalings aan hom uit bronne buite daardie ander Staat gedoen word.

Artikel 19

Enige inkomste wat 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat verkry en wat nie in die voorgaande bepalinge genoem is nie, is slegs in daardie Staat belasbaar indien sodanige inkomste in daardie Staat aan belasting onderworpe is.

Artikel 20

(1) Wanneer Duitse belasting ingevolge die wette van die Bondsrepubliek en ooreenkomstig hierdie Ooreenkoms betaalbaar is ten opsigte van inkomste verkry deur 'n persoon wat 'n inwoner van Suid-Afrika is, moet Suid-Afrika

- (a) óf geen belasting op sodanige inkomste hef nie,
- (b) óf die Duitse belasting as 'n krediet teen enige Suid-Afrikaanse belasting wat ten opsigte van sodanige inkomste betaalbaar is, toestaan;

met dien verstande dat niks wat in hierdie paragraaf vervat is die vrystellings van Suid-Afrikaanse belasting wat voortspruit uit paragraaf (2) van artikel 15 en paragrawe (2) en (4) van artikel 16, raak nie.

(2) In die geval van 'n inwoner van die Bondsrepubliek word die belasting soos volg vasgestel:

- (a) Tensy die bepalinge van subparagraaf (b) van toepassing is, word enige item van inkomste uit bronne binne Suid-Afrika en wat ingevolge hierdie ooreenkoms in

Article 17

A professor or teacher from one of the Contracting States, who receives remuneration for carrying out advanced study or research or for teaching, during a period of temporary residence not exceeding two years, at a university, research institute, college, school or other similar institution in the other Contracting State, shall be exempt from tax in that other State in respect of such remuneration.

Article 18

Payments which a student or business apprentice (including in the Federal Republic a Volontär or a Praktikant) from a Contracting State who is present in the other Contracting State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education, or training, shall not be taxed in that other State, provided that such payments are made to him from sources outside that other State.

Article 19

Any income not dealt with in the foregoing provisions derived by a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State if such income is subject to tax in that State.

Article 20

(1) Where German tax is payable under the laws of the Federal Republic and in accordance with this Agreement in respect of income derived by a person who is a resident of South Africa, South Africa shall either

- (a) impose no tax on such income, or
- (b) allow the German tax as a credit against any South African tax payable in respect of such income.

Provided that nothing contained in this paragraph shall affect the exemptions from South African tax resulting from paragraph (2) of Article 15 and paragraphs (2) and (4) of Article 16.

(2) In the case of a resident of the Federal Republic the tax shall be determined as follows:

- (a) Unless the provisions of subparagraph (b) apply, there shall be excluded from the basis upon which German tax is imposed, any item of income from sources within

men, die nach diesem Abkommen in Südafrika besteuert werden können. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 jedoch nur anzuwenden, wenn sie an eine in der Bundesrepublik ansässige Gesellschaft von einer in Südafrika ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der deutschen Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage der Vermögensteuer sind in Südafrika gelegene Vermögenswerte auszunehmen, wenn aus ihnen erzielte oder zu erzielende Einkünfte aus Quellen innerhalb Südafrikas nach den vorstehenden Bestimmungen von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder auszunehmen wären.

Suid-Afrika belas mag word, uitgesluit uit die basis waarop Duitse belasting opgelê word. Die Bondsrepubliek behou hom egter die reg voor om by die vasstelling van sy belastingskaal die items van inkomste aldus uitgesluit, in aanmerking te neem. Die eerste sin van hierdie sub-paragraaf is in die geval van dividende van toepassing slegs op sodanige dividende as wat aan 'n maatskappy wat 'n inwoner is van die Bondsrepubliek betaal word deur 'n maatskappy wat 'n inwoner van Suid-Afrika is, indien minstens 25 per sent van die stemhebbende aandele van die Suid-Afrikaanse maatskappy deur 'n maatskappy van die Bondsrepubliek besit word. Indien volgens die voorafgaande bepalings inkomste uit bronne binne Suid-Afrika uitgesluit word van die basis waarop Duitse belasting gehef word, word die eiendom in Suid-Afrika geleë wat aanleiding gee tot sodanige inkomste, as daar is, uitgesluit van die basis waarop die kapitale belasting gehef word.

South Africa which, according to this Agreement, may be taxed in South Africa. The Federal Republic, however, retains the right to take into account in the determination of its rate of tax the items of income so excluded. The first sentence of this sub-paragraph shall in the case of income from dividends apply only to such dividends as are paid to a company being a resident of the Federal Republic by a company being a resident of South Africa, if at least 25 per cent of the voting shares of the South African company are owned by the Federal Republic company. If according to the foregoing provisions income from sources within South Africa is to be excluded from the basis upon which German tax is imposed, then the property situated in South Africa giving rise to such income, if any, shall be excluded from the basis upon which the capital tax is imposed.

b) Auf die von den nachstehenden Einkünften erhobene deutsche Steuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die südafrikanische Steuer angerechnet, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für:

aa) Dividenden im Sinne des Artikels 7 Absatz 4, soweit sie nicht unter Buchstabe a fallen,

bb) Zinsen im Sinne des Artikels 8 Absatz 3,

cc) Vergütungen im Sinne des Artikels 12 Absatz 3,

dd) Vergütungen im Sinne des Artikels 15, die von Südafrika oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von Südafrika oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an einen deutschen Staatsangehörigen gezahlt werden, der nicht zugleich südafrikanischer Staatsangehöriger ist.

(b) Behoudens die bepalingen van die Duitse belastingwet met betrekking tot die toestaan van 'n krediet ten opsigte van buitelandse belasting, word daar teen Duitse belasting wat betaalbaar is ten opsigte van onderstaande items van inkomste, as krediet toegelaat die Suid-Afrikaanse belasting wat ooreenkomstig hierdie ooreenkoms betaal is op:

(aa) dividende ooreenkomstig die betekenis van paragraaf (4) van artikel 7, wat nie in sub-paragraaf (a) hierbo genoem is nie;

(bb) rente ooreenkomstig die betekenis van paragraaf (3) van artikel 8;

(cc) besoldiging ooreenkomstig die betekenis van paragraaf (3) van artikel 12;

(dd) besoldiging ooreenkomstig die betekenis van artikel 15, betaal deur of uit fondse wat geskep is deur Suid-Afrika of enige staatkundige onderverdeling daarvan, aan 'n burger van die Bondsrepubliek wat nie ook 'n burger van Suid-Afrika is nie.

(b) Subject to the provisions of German tax law regarding credit for foreign tax, there shall be allowed as a credit against German tax payable in respect of the following items of income the South African tax paid in accordance with this Agreement on:

(aa) dividends in the meaning of paragraph (4) of Article 7, not dealt with in sub-paragraph (a) above,

(bb) interest in the meaning of paragraph (3) of Article 8,

(cc) remuneration in the meaning of paragraph (3) of Article 12,

(dd) remuneration in the meaning of Article 15 paid by, or out of funds created by South Africa or any political subdivision thereof to a national of the Federal Republic who is not also a national of South Africa.

Artikel 21

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden die Informationen austauschen, die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlich sind. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheimzuhalten und dürfen nur solchen Personen oder Behör-

Artikel 21

(1) Die bevoegde owerhede van die Kontrakterende State ruil sodanige inligting uit as wat nodig is vir die uitvoering van hierdie Ooreenkoms. Indien sodanige inligting uitgeruil word, word dit geheim gehou en aan geen ander persone of owerhede open-

Article 21

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the implementation of this Agreement. If such information is exchanged it shall be treated as secret and shall not be disclosed to any persons or authorities

den zugänglich gemacht werden, die unter Einschluß der Rechtsprechung mit der Anwendung dieses Abkommens befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 22

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen der Steuerbehörden eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Staates unterbreiten, in dem sie ansässig ist. Werden ihre Einwendungen als begründet erachtet, so wird sich die zuständige Behörde des angerufenen Staates bemühen, eine Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Staates über die Vermeidung einer diesem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung herbeizuführen.

(2) Um Schwierigkeiten oder Zweifel zu beseitigen, die bei der Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens oder im Verhältnis dieses Abkommens zu Abkommen der Vertragsstaaten mit dritten Staaten auftreten, verständigen sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten möglichst rasch.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren. Erscheint ein mündlicher Meinungsaustausch für die Herbeiführung der Einigung zweckmäßig, so kann ein solcher Meinungsaustausch in einer Kommission durchgeführt werden, die aus Vertretern der zuständigen Behörden der Vertragsstaaten besteht.

baar gemaak as dié wat by die toepassing, ingesluit regterlike vasstelling, van die Ooreenkoms betrokke is nie.

(2) In geen geval word die bepalingen van paragraaf (1) so uitgelê as sou dit 'n verpligting op 'n Kontrakterende Staat opleë —

- (a) om administratiewe maatreëls uit te voer wat teenstrydig is met die wette of administratiewe praktyk van daardie of van die ander Kontrakterende Staat;
- (b) om besonderhede te verstrek wat nie ingevolge die wette of in die normale loop van die administrasie van daardie of van die ander Kontrakterende Staat verkrygbaar is nie;
- (c) om inligting te verstrek wat enige bedryfs-, besigheids-, industriële, kommersiële of professionele geheim of bedryfsproses aan die lig sou bring, of inligting waarvan die openbaarmaking strydig met die openbare beleid sou wees.

Artikel 22

(1) Wanneer 'n inwoner van 'n Kontrakterende Staat van mening is dat die optrede van die belastingowerhede in een of albei Kontrakterende State tot gevolg het of tot gevolg sal hê dat hy nie ooreenkomstig hierdie Ooreenkoms belas word nie, mag hy, ondanks die regsmiddels wat verskaf word deur die landswette van daardie State, sy saak voorlê aan die bevoegde owerheid van die Staat waarvan hy 'n inwoner is. Indien sy eis geag word verdienstelik te wees, probeer die bevoegde owerheid van die Staat waaraan die eis voorgelê is om tot 'n ooreenkoms met die bevoegde owerheid van die ander Staat te geraak ten einde die oplegging van belasting wat nie in ooreenstemming met die Ooreenkoms is nie, te vermy.

(2) Met die oog op die oplossing van moeilikhede of twyfel aangaande die vertolkings of toepassing van hierdie Ooreenkoms, of ten opsigte van sy verhouding tot ooreenkomste tussen die Kontrakterende State en derde State, geraak die bevoegde owerhede van die Kontrakterende State so spoedig moontlik tot 'n onderlinge ooreenkoms.

(3) Die bevoegde owerhede van die Kontrakterende State mag regstreeks met mekaar in verbinding tree om tot 'n ooreenkoms soos in die voorgaande paragrafe beoog, te geraak. Wanneer dit raadsaam geag word om, ten einde eenstemmigheid te bereik, 'n mondelinge wisseling van sienswyses te hê, mag sodanige wisseling plaasvind deur bemiddeling van 'n kommissie bestaande uit verteenwoordigers van die bevoegde owerhede van die Kontrakterende State.

other than those concerned with the application, including judicial determination, of the agreement.

(2) In no case shall the provisions of paragraph (1) be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- (a) to carry out administrative measures at variance with the laws or the administrative practice of that or of the other Contracting State;
- (b) to supply particulars which are not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- (c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information the disclosure of which would be contrary to public policy.

Article 22

(1) Where a resident of a Contracting State considers that the actions of the tax authorities in one or both of the Contracting States result or will result in taxation not in accordance with this Agreement, he may, notwithstanding the remedies provided by the laws of those States, present his case to the competent authority of the State of which he is a resident. Should his claim be deemed worthy of consideration, the competent authority of the State to which the claim is made shall endeavour to come to an agreement with the competent authority of the other State with a view to avoidance of taxation not in accordance with the Agreement.

(2) For the settlement of difficulties or doubts in the interpretation or application of this Agreement or in respect of its relation to Agreements of the Contracting States with third States the competent authorities of the Contracting States shall reach a mutual agreement as quickly as possible.

(3) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs. When it seems advisable in order to reach agreement to have an oral exchange of opinions, such exchange may take place through a Commission consisting of representatives of the competent authorities of the Contracting States.

Artikel 23

(1) Die Staatsangehörigen eines Vertragstaates dürfen in dem anderen Vertragstaat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen die Staatsangehörigen des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragstaates in dem anderen Vertragstaat hat, darf in dem anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben.

Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragstaat, den in dem anderen Vertragstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er den in seinem Gebiet ansässigen Personen gewährt.

(3) Die Unternehmen eines Vertragstaates, deren Kapital ganz oder teilweise, unmittelbar oder mittelbar, einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen in dem erstgenannten Staat weder einer Besteuerung noch einer damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 24

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Südafrika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Pretoria ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist dann anzuwenden:

a) in Südafrika auf die Steuern, die für das am 28. Februar 1965 enden-

Artikel 23

(1) Die burgers van 'n Kontrakterende Staat mag nie in die ander Kontrakterende Staat onderwerp word nie aan enige belasting of enige vereiste daarby betrokke wat verskil van of swaarder is as die belasting en die betrokke vereistes waaraan die burgers van daardie ander Staat onder dieselfde omstandighede onderworpe is of onderworpe gemaak mag word.

(2) Die belasting op 'n permanente saak wat 'n onderneming van 'n Kontrakterende Staat in die ander Kontrakterende Staat besit, word nie in daardie ander Staat op 'n minder gunstige wyse gehef as die belasting wat op ondernemings van daardie ander Staat wat dieselfde bedrywig-hede uitoefen, gehef word nie.

Hierdie bepaling word nie uitgelê nie as sou dit 'n Kontrakterende Staat verplig om aan inwoners van die ander Kontrakterende Staat enige persoonlike toelatings, verligtings en verminderings vir belastingdoeleindes toe te staan uit hoofde van burgerlike status of gesinsverantwoordelikhede wat hy aan sy eie inwoners toestaan.

(3) Ondernemings van 'n Kontrakterende Staat, waarvan die kapitaal geheel of gedeeltelik, regstreeks of onregstreeks, deur een of meer inwoners van die ander Kontrakterende Staat besit of beheer word, word nie in eersgenoemde Staat onderwerp aan enige belasting of enige vereiste daarby betrokke wat verskil van of swaarder is as die belasting en die betrokke vereistes waaraan ander soortgelyke ondernemings van daardie eersgenoemde Staat onderworpe is of onderworpe gemaak mag word nie.

Artikel 24

Hierdie Ooreenkoms is ook van toepassing op Land Berlin, mits die Regering van die Bondsrepubliek Duitsland nie binne drie maande van die datum van inwerkingtreding van hierdie Ooreenkoms 'n teenstrydige verklaring aan die Regering van die Republiek van Suid-Afrika afgelewer het nie.

Artikel 25

(1) Hierdie Ooreenkoms word bekragtig, en die bekragtigingsdokumente word so spoedig moontlik te Pretoria uitgeruil.

(2) Die Ooreenkoms tree op die datum van uitruiling van die bekragtigingsdokumente in werking en word daarna van krag —

(a) in Suid-Afrika, ten opsigte van belastingen wat vir die jaar van

Article 23

(1) The nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected.

(2) The taxation of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities.

This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of that first-mentioned State are or may be subjected.

Article 24

This Agreement shall apply also to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany has not delivered a contrary declaration to the Government of the Republic of South Africa within three months from the date of entry into force of this Agreement.

Article 25

(1) This Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged at Pretoria as soon as possible.

(2) This Agreement shall enter into force on the date on which the instruments of ratification are exchanged and shall thereupon have effect:—

(a) in South Africa, as respects taxes which are levied for the year of

- de Veranlagungsjahr und für die folgenden Veranlagungsjahre erhoben werden;
- b) in der Bundesrepublik auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1965 und für die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden; und
- c) in beiden Vertragstaaten auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die nach dem 31. Dezember 1964 gezahlt werden.
- aanslag wat eindig op 28 Februarie 1965 en daaropvolgende jare van aanslag, opgelê word;
- (b) in die Bondsrepubliek ten opsigte van belastinge wat vir die aanslagtydperk 1965 en daaropvolgende aanslagtydperke opgelê word; en
- (c) in albei Kontrakterende State, ten opsigte van belastinge wat by die bron teruggehou word van dividende, rente en tantième, wat na 31 Desember 1964 betaal word.
- assessment ending on the 28th February, 1965, and subsequent years of assessment;
- (b) in the Federal Republic, as respects taxes which are levied for the assessment period 1965 and subsequent assessment periods; and
- (c) in both Contracting States, as respects taxes withheld at source, on dividends, interest and royalties paid after the 31st December, 1964.

Artikel 26

Dieses Abkommen tritt an die Stelle des durch den Notenwechsel vom 9. Mai 1955 und 26. August 1955 zwischen Südafrika und der Bundesrepublik geschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Einkünften aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen, das auf das Veranlagungsjahr oder den Veranlagungszeitraum, auf die dieses Abkommen nach Artikel 25 Absatz 2 zum ersten Mal Anwendung findet, und auf die folgenden Veranlagungsjahre oder Veranlagungszeiträume nicht mehr anzuwenden ist.

Artikel 26

Hierdie Ooreenkoms vervang die Ooreenkoms vir die Vermydning van Dubbele Belasting op Inkomste verkry uit Skeepvaart en Vliegtuie wat deur middel van die uitruiling van notas gedateer 9 Mei 1955 en 26 Augustus 1955 tussen Suid-Afrika en die Bondsrepubliek aangegaan is, en daardie Ooreenkoms vervel vir die jaar van aanslag of die aanslagtydperk ten opsigte waarvan hierdie Ooreenkoms vir die eerste keer ingevolge paragraaf (2) van artikel 25 toegepas word en daaropvolgende jare van aanslag of aanslagtydperke.

Article 26

This Agreement supersedes the Agreement for the Avoidance of Double Taxation on the Income derived from Shipping and Aircraft concluded by exchange of notes of 9th May, 1955, and of 26th August, 1955, between South Africa and the Federal Republic and that Agreement shall cease to have effect for the year of assessment or the period of assessment for which this Agreement is first applied in terms of paragraph (2) of Article 25 and subsequent years or periods of assessment.

Artikel 27

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragstaaten bis einschließlich 30. September eines jeden Kalenderjahres nach 1973 das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragstaat auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) in Südafrika auf die Steuern, die für das Veranlagungsjahr, das nach Ablauf des Kündigungsjahres beginnt, und für die folgenden Veranlagungsjahre erhoben werden;
- b) in der Bundesrepublik auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum, der nach Ablauf des Veranlagungszeitraums beginnt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und für die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden; und
- c) in beiden Vertragstaaten auf die im Abzugswege erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren, die nach Ablauf des Kündigungsjahres gezahlt werden.

(2) Das Außerkrafttreten dieses Abkommens hat nicht zur Folge, daß die

Artikel 27

(1) Hierdie Ooreenkoms bly vir 'n onbepaalde tydperk van krag, maar enigeen van die Kontrakterende State mag op of voor die dertigste dag van September in enige kalenderjaar na die jaar 1973 langs diplomatieke weë skriftelike kennis van opsegging aan die ander Kontrakterende Staat gee, en in so 'n geval vervel hierdie Ooreenkoms —

- (a) in Suid-Afrika, ten opsigte van belastinge wat gehê word vir die jaar van aanslag wat onmiddellik na die kalenderjaar waarin sodanige kennis gegee is, 'n aanvang neem, en daaropvolgende jare van aanslag;
- (b) in die Bondsrepubliek, ten opsigte van belastinge wat gehê word vir die aanslagtydperk wat onmiddellik na die aanslagtydperk waarin sodanige kennis gegee is, 'n aanvang neem, en daaropvolgende tydperke van aanslag en —
- (c) in albei Kontrakterende State, ten opsigte van belastinge wat by die bron teruggehou word van dividende, rente en tantième wat na die einde van die kalenderjaar waarin sodanige kennis gegee word, betaal word.

(2) Die beëindiging van hierdie Ooreenkoms het nie die uitwerking

Article 27

(1) This Agreement shall continue in force indefinitely but either of the Contracting States may, on or before the 30th day of September in any calendar year after the year 1973, give to the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination, and in such event this Agreement shall cease to be effective:

- (a) in South Africa, as respects taxes which are levied for the year of assessment next commencing after the calendar year in which such notice is given and subsequent years of assessment;
- (b) in the Federal Republic, as respects taxes which are levied for the assessment period next commencing after the assessment period in which such notice is given and subsequent periods of assessment; and
- (c) in both Contracting States, as respects taxes withheld at source on dividends, interests and royalties paid after the end of the calendar year in which such notice is given.

(2) The termination of this Agreement shall not have the effect of

durch dieses Abkommen aufgehobenen Abkommen oder Übereinkünfte wieder in Kraft treten.

dat dit enige ooreenkoms of reëling wat dit herroep, weer in die lewe roep nie.

reviving any agreement or arrangement abrogated by this Agreement.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterschrieben und mit ihren Siegeln versehen.

TEN BEWYSE WAARVAN die ondergetekendes, behoorlik daartoe gemagtig, hierdie Ooreenkoms onderteken het en hul seëls daaraan geheg het.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned duly authorized thereto have signed this Agreement and have affixed thereto their seals.

GESCHEHEN zu Bonn am 25. Januar 1973 in zwei Urschriften, jede in deutscher, afrikaanscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; im Zweifelsfall ist der englische Wortlaut maßgebend.

GEDOEN in duplo te Bonn op hede die 25. dag van Januarie 1973 in die Duitse, Afrikaanse en Engelse tale, en al drie tekste is ewe outentiek, uitgesonderd dat in die geval van twyfel die Engelse teks sal geld.

DONE in duplicate at Bonn this 25th day of January 1973 in the German, Afrikaans and English languages, all three texts being equally authentic except in the case of doubt when the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Namens die Bondsrepublik Duitsland:
For the Federal Republic of Germany:

Dr. Frank
Dr. Schüler

Für die Republik Südafrika:
Namens die Republiek van Suid-Afrika:
For the Republic of South Africa:

D. B. Sole

Der Bundesminister
des Auswärtigen

Bonn, den 25. Januar 1973

Die Bondsminister van
Buitelandse Sake

The Federal Minister
of Foreign Affairs

Exzellenz,

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten vereinbart haben, daß die nachstehend aufgeführten Vorschriften wie folgt anzuwenden sind:

Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a gilt für die Gewinne einer Betriebsstätte oder für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden nur dann, wenn die Gewinne dieser Betriebsstätte oder die Einkünfte dieser Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen:

- a) aus einer der folgenden innerhalb Südafrikas ausgeübten Tätigkeiten: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in Südafrika ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden innerhalb Südafrikas ausgeübten Tätigkeiten beziehen: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist nicht Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a sondern Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b anzuwenden.

Eksellensie,

Met betrekking tot die Ooreenkoms wat vandag onderteken is tussen die Bondsrepubliek Duitsland en die Republiek van Suid-Afrika ter vermyding van dubbele belasting met betrekking tot belastinge op inkomste, het ek die eer om u namens die Regering van die Bondsrepubliek Duitsland mee te deel dat die twee Kontrakterende State ooreengekom het dat die bepalinge wat hieronder genoem word, soos volg toegepas sal word:

Paragraaf (2) (a) van artikel 20 is slegs van toepassing op die winste van 'n permanente saak of op dividende deur 'n maatskappy betaal indien die winste van sodanige permanente saak of die inkomste van sodanige maatskappy uitsluitlik of byna uitsluitlik verkry word —

- (a) uit vervaardiging, verkoop van goedere of handelsware, verhuring, die verstrekking van tegniese advies of verrigting van ingenieursdienste, of die uitoefening van bankwese of versekeringsbesigheid binne Suid-Afrika, of —
- (b) uit dividende betaal deur een of meer maatskappye wat inwoners van Suid-Afrika is en waarvan minstens 25 persent van die stemhebbende aandele deur eersgenoemde maatskappy besit word, wat self hul inkomste uitsluitlik of byna uitsluitlik verkry uit vervaardiging, verkoop van goedere of handelsware, verhuring, die verstrekking van tegniese advies of verrigting van ingenieursdienste of die uitoefening van bankwese of versekeringsbesigheid binne Suid-Afrika.

Indien hierdie voorwaardes nie nagekom word nie, is paragraaf (2) (b) van artikel 20 van toepassing eerder as paragraaf (2) (a) van daardie artikel.

Excellency,

With reference to the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the Republic of South Africa for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income, I have the honour to inform you on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, that the two Contracting States have agreed that the provisions referred to below shall be applied as follows:

Paragraph (2) (a) of Article 20 shall apply to the profits of a permanent establishment or to dividends paid by a company only if the profits of such permanent establishment or the income of such company are derived exclusively or almost exclusively

- (a) from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within South Africa, or
- (b) from dividends paid by one or more companies, being residents of South Africa, at least 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company, which themselves derive their income exclusively or almost exclusively from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, giving technical advice or rendering engineering services or doing banking or insurance business, within South Africa.

In case these conditions are not complied with paragraph (2) (b) of Article 20 shall apply rather than paragraph (2) (a) of that Article.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigen; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Der Bundesminister
des Auswärtigen
In Vertretung

Dit sal waardeer word as u sal bevestig dat u met bostaande instem en dat, indien dit die geval is, hierdie Nota en u antwoord daarop as deel van die Ooreenkoms geag moet word.

Aanvaar, Eksellensie, die versekering van my besondere hoogagting.

Namens die Bondsminister
van Buitelandse Sake

I should be grateful if you would confirm your agreement with the above and that, in such case, this Note and your reply thereto should be deemed to be part of the Agreement.

Please accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

For the Minister
of Foreign Affairs:

Dr. Frank

Seiner Exzellenz
Herrn Donald Bell Sole
Außerordentlicher und
Bevollmächtigter Botschafter
der Republik Südafrika
Köln

Sy Eksellensie
Mnr. Donald Bell Sole,
Buitengewone en Gevolmagtigde
Ambassadeur van die
Republiek van Suid-Afrika,
Keulen

His Excellency
Mr. Donald Bell Sole,
Ambassador Extraordinary
and Plenipotentiary
of the Republic of South Africa,
Cologne

Botschaft der Republik
Südafrika

Köln, den 25. Januar 1973

Ambassade van die Republiek
van Suid-Afrika

Embassy of the Republic
of South Africa

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihrer Note vom heutigen Tage zu bestätigen, die wie folgt lautet:

„Anlässlich der heutigen Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen beehre ich mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, daß die beiden Vertragstaaten vereinbart haben, daß die nachstehend aufgeführten Vorschriften wie folgt anzuwenden sind:

Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a gilt für die Gewinne einer Betriebsstätte oder für die von einer Gesellschaft gezahlten Dividenden nur dann, wenn die Gewinne dieser Betriebsstätte oder die Einkünfte dieser Gesellschaft ausschließlich oder fast ausschließlich stammen:

- a) aus einer der folgenden innerhalb Südafrikas ausgeübten Tätigkeiten: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften oder
- b) aus Dividenden, die von einer oder mehreren in Südafrika ansässigen Gesellschaften gezahlt werden, deren stimmberedigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören und die ihre Einkünfte wiederum ausschließlich oder fast ausschließlich aus einer der folgenden innerhalb Südafrikas ausgeübten Tätigkeiten beziehen: aus der Herstellung oder dem Verkauf von Gütern oder Waren, aus Vermietung oder Verpachtung, aus technischer Beratung oder technischer Dienstleistung oder aus Bank- oder Versicherungsgeschäften.

Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so ist nicht Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe a sondern Artikel 20 Absatz 2 Buchstabe b anzuwenden.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mir Ihr Einverständnis mit dem Vorstehenden bestätigen; in diesem Fall sollen die vorliegende Note und Ihre Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten.“

Eksellensie,

Ek het die eer om ontvangs te erken van u Nota met vandag se datum, wat soos volg lui:—

„Met betrekking tot die Ooreenkoms wat vandag onderteken is tussen die Bondsrepubliek Duitsland en die Republiek van Suid-Afrika ter vermyding van dubbele belasting met betrekking tot belastinge op inkomste het ek die eer om u namens die Regering van die Bondsrepubliek Duitsland mee te deel dat die twee Kontrakterende State ooreengekom het dat die bepalings wat hieronder genoem word, soos volg toegepas sal word:

Paragraaf (2) (a) van artikel 20 is slegs van toepassing op die winste van 'n permanente saak of op dividende deur 'n maatskappy betaal indien die winste van sodanige permanente saak of die inkomste van sodanige maatskappy uitsluitlik of byna uitsluitlik verkry word —

- (a) uit vervaardiging, verkoop van goedere of handelware, verhuur, die verstrekking van tegniese advies of verrigting van ingenieursdienste, of die uitoefening van bankwese of versekeringsbesigheid binne Suid-Afrika, of —
- (b) uit dividende betaal deur een of meer maatskappye wat inwoners van Suid-Afrika is en waarvan minstens 25 persent van die stemhebbende aandeel deur eersgenoemde maatskappy besit word, wat self hul inkomste uitsluitlik of byna uitsluitlik verkry uit vervaardiging, verkoop van goedere of handelware, verhuur, die verstrekking van tegniese advies of verrigting van ingenieursdienste of die uitoefening van bankwese of versekeringsbesigheid binne Suid-Afrika.

Indien hierdie voorwaardes nie nagekom word nie, is paragraaf (2) (b) van artikel 20 van toepassing eerder as paragraaf (2) (a) van daardie Artikel.

Dit sal waardeer word as u sal bevestig dat u met bostaande instem en dat, indien dit die geval is, hierdie Nota en u antwoord daarop as deel van die Ooreenkoms geag moet word.“

Excellency,

I have the honour to acknowledge receipt of your Note of today's date which reads as follows:—

“With reference to the Agreement signed today between the Federal Republic of Germany and the Republic of South Africa for the Avoidance of Double Taxation with respect to Taxes on Income, I have the honour to inform you on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany, that the two Contracting States have agreed that the provisions referred to below shall be applied as follows:

Paragraph (2) (a) of Article 20 shall apply to the profits of a permanent establishment or to dividends paid by a company only if the profits of such permanent establishment or the income of such company are derived exclusively or almost exclusively

- (a) from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, giving technical advice or rendering engineering services, or doing banking or insurance business, within South Africa, or
- (b) from dividends paid by one or more companies, being residents of South Africa, at least 25 per cent of the voting shares of which are owned by the first-mentioned company, which themselves derive their income exclusively or almost exclusively from producing, selling goods or merchandise, leasing or renting, giving technical advice or rendering engineering services or doing banking or insurance business, within South Africa.

In case these conditions are not complied with paragraph (2) (b) of Article 20 shall apply rather than paragraph (2) (a) of that Article.

I should be grateful if you would confirm your agreement with the above and that, in such case, this Note and your reply thereto should be deemed to be part of the Agreement.“

In Beantwortung Ihrer Note beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik Südafrika mit dem Vorstehenden einverstanden ist und daß Ihre Note und diese Antwortnote als Bestandteil des Abkommens gelten sollen.

Genehmigen Sie, Exzellenz, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

In antwoord daarop het ek die eer om u mee te deel dat die Regering van die Republiek van Suid-Afrika instem tot die voorafgaande en dat u Nota en hierdie antwoord daarop as deel van die Ooreenkoms tussen ons twee Regerings geag moet word.

Aanvaar, Eksellensie, die versekering van my besondere hoogagting.

In reply thereto, I have the honour to inform you that the Government of the Republic of South Africa are in agreement with the foregoing and that your Note and the present reply shall be deemed to be part of the Agreement between our two Governments.

Please accept, Excellency, the assurance of my highest consideration.

D. B. Sole

Seiner Exzellenz
dem Bundesminister des Auswärtigen
der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Walter Scheel
Bonn

Sy Eksellensie
die Minister van Buitelandse Sake
van die Bondsrepubliek Duitsland,
Mnr. Walter Scheel
Bonn

His Excellency
the Minister of Foreign Affairs
of the Federal Republic of Germany,
Mr. Walter Scheel
Bonn

Denkschrift zum Abkommen

Das vorliegende Abkommen ist das erste allgemeine Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika. Es ersetzt das durch den Notenwechsel vom 9. Mai und 26. August 1955 zwischen beiden Staaten geschlossene Teilabkommen, das sich auf die Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Einkünften aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen beschränkte. Die in den letzten Jahren immer enger gewordenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Südafrika und der Bundesrepublik Deutschland, die sich auch in der inzwischen erreichten Größenordnung der deutschen Investitionen in Höhe von 261 Millionen DM widerspiegeln, lassen den Abschluß des Abkommens im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der ausländischen Konkurrenz dringend geboten erscheinen. Südafrika nahm im Jahre 1971 im deutschen Überseeexport nach den USA die zweite Stelle ein.

Das Abkommen, das von der deutschen Wirtschaft seit langem erwartet wird, stellt die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Staaten auf eine sichere steuerliche Grundlage, fördert die wirtschaftliche Zusammenarbeit und erweitert darüber hinaus das — bisher noch lückenhafte — deutsche Abkommensnetz mit den Staaten des afrikanischen Kontinents.

Die Verhandlungen, die im Jahre 1959 auf der Grundlage verschiedener Entwürfe der beiden Verhandlungsdelegationen begonnen worden waren, führten nach langwierigen Gesprächen 1965 zur Paraphierung. Obwohl das Abkommen im Jahre 1969 nochmals in einigen Punkten im Sinn der deutschen Vorstellungen geändert wurde, wurde die Unterzeichnung des Abkommens deutscherseits im Hinblick auf die von Südafrika geforderte Einbeziehung Namibias (Südwestafrika) auch weiterhin aus politischen Gründen zunächst zurückgestellt. Nachdem Südafrika diese Forderung Ende 1972 fallen ließ, wurde das Abkommen am 25. Januar 1973 in Bonn unterzeichnet.

In den wesentlichen Zügen seines Inhalts und Aufbaus entspricht es dem von der OECD empfohlenen Musterabkommen (vgl. Bundesanzeiger Nr. 76/1964) und damit zugleich den übrigen neueren deutschen Doppelbesteuerungsabkommen. Neben der damit verbundenen Harmonisierung des internationalen Steuerrechts ergibt sich hieraus des weiteren der Vorteil, daß für die Auslegung des Abkommens auch die Erläuterungen zu den Musterartikeln des OECD-Entwurfs herangezogen werden können.

Das Abkommen vermeidet die Doppelbesteuerung dadurch, daß bei bestimmten Einkünften der Staat, aus dem sie stammen (Quellenstaat), auf die Besteuerung verzichtet, so daß die Einkünfte nur noch in dem Staat, in dem ihr Empfänger ansässig ist (Wohnsitzstaat), besteuert werden. Bei anderen Einkünften wird die Steuer im Quellenstaat der Höhe nach begrenzt oder ohne Begrenzung aufrecht erhalten; in diesen Fällen muß der Wohnsitzstaat zur Vermeidung der Doppelbesteuerung diese Einkünfte

von seinen Steuern freistellen oder die von dem Quellenstaat in Übereinstimmung mit dem Abkommen erhobenen Steuern auf seine Steuern anrechnen.

Da in Südafrika eine Vermögensteuer nicht erhoben wird, konnten hierfür mangels verfassungsrechtlicher Ermächtigung der südafrikanischen Seite zweiseitige Vereinbarungen nicht getroffen werden. Um Ungleichheiten in der Besteuerung zu vermeiden, ist jedoch im Abkommen (vgl. Artikel 6 und 20) eine einseitige Freistellung von der deutschen Vermögensteuer durch die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert zunächst einige im Abkommen verwendete Begriffe und bestimmt den Wohnsitz einer Person in Anlehnung an die Merkmale des internen Steuerrechts der beiden Staaten. Für den Fall eines doppelten Wohnsitzes werden bestimmte Regeln darüber aufgestellt, welchem Wohnsitz für den Anwendungsbereich des Abkommens der Vorrang gebührt. Zugleich wird in diesem Absatz — abweichend vom OECD-Musterentwurf, der diese Frage in einem besonderen Artikel regelt, aber inhaltlich gleich — der Begriff der Betriebsstätte definiert.

Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerblichen Einkünfte von Unternehmen des anderen Staates, entsprechend dem international anerkannten Betriebsstättenprinzip, nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet gelegene Betriebsstätte erzielt ist.

Die Absätze 2 bis 4 enthalten Bestimmungen darüber, welcher Gewinn der Betriebsstätte zuzurechnen und wie er zu ermitteln ist.

Absatz 5 regelt das Verhältnis dieses Artikels zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel bestimmt, daß künstliche Gewinnverlagerungen zwischen verflochtenen Unternehmen steuerlich nicht anzuerkennen sind.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt, wie in der deutschen Vertragspraxis üblich, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr, abweichend vom Betriebsstättenprinzip, nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zweiseitige Regelungen bezüglich der Vermögensteuer sind im Abkommen, wie eingangs erwähnt, nicht enthalten, da Südafrika keine Vermögensteuer erhebt. Um Ungleichheiten in der Besteuerung zu vermeiden, hat sich die Bundesrepublik Deutschland jedoch in Absatz 3 einseitig zu einer Betreibung südafrikanischer Schiffs- und Luftfahrtunternehmen von der Vermögensteuer verpflichtet.

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden. Die Steuer des Quellenstaates wird grundsätzlich auf 15 v.H. des Bruttobetrages der Dividenden begrenzt, wobei im übrigen der Wohnsitzstaat steuerberechtigt ist, der die Steuer des Quellenstaates bis zur zulässigen Höhe von 15 v.H. auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel 20). Die Begrenzung der Quellenbesteuerung tritt jedoch nur ein, wenn der andere Staat diese Einkünfte wirklich besteuert. Damit wird vermieden, daß die Begrenzung auch solchen Dividenden zugute kommt, die infolge des Quellenprinzips im südafrikanischen Steuerrecht dort nicht steuerpflichtig sind.

Fließen die Dividenden einer wesentlich beteiligten Muttergesellschaft zu (Mindestbeteiligung 25 v.H.), so ist die Steuerbegrenzung für den Quellenstaat auf 7,5 v.H. ermäßigt. Da eine deutsche Muttergesellschaft in diesem Fall für ihre Dividenden aus Südafrika das Schachtelprivileg genießt (vgl. Artikel 20), ist für sie die Besteuerung der Dividenden damit abgeschlossen.

Empfängt umgekehrt eine südafrikanische Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer deutschen Kapitalgesellschaft, so bleibt die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25,75 v.H., einschließlich der Ergänzungsabgabe, aufrechterhalten. Damit wird — auf Grund der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (Bundestags-Drucksache 448, S. 2, 3. Wahlperiode) — berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur der ermäßigten Körperschaftsteuer zum Satz von 15 v.H. unterlegen hat und die südafrikanische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36 v.H. nicht zu entrichten braucht, die eine deutsche Muttergesellschaft im gleichen Falle zu tragen hätte.

Die weiteren Absätze 4 bis 6 enthalten weitere Bestimmungen, die dem OECD-Muster nachgebildet sind.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel behandelt die Besteuerung von Zinsen. Die Steuer des Quellenstaates wird grundsätzlich auf 10 v.H. der Bruttozinsen begrenzt; im übrigen ist der Wohnsitzstaat steuerberechtigt, der die

Steuer des Quellenstaates bis zur zugelassenen Höhe von 10 v.H. auf seine eigene Steuer anrechnet (vgl. Artikel 20). Die Begrenzung der Quellenbesteuerung tritt jedoch nur ein, wenn der andere Staat diese Einkünfte auch wirklich besteuert.

Die Absätze 4 bis 6 ergänzen diese Regelung.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel befreit in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD Lizenzgebühren von der Steuer des Quellenstaates. Dies gilt allerdings nur, wenn die Lizenzgebühren im Wohnsitzstaat des Empfängers tatsächlich der Besteuerung unterliegen. Durch diesen Vorbehalt, der sich auch bei der Besteuerung der Zinsen und an anderen Stellen im Abkommen findet und mit Rücksicht auf die Eigenart des südafrikanischen Steuersystems in das Abkommen aufgenommen wurde, wird vermieden, daß zufließende Lizenzgebühren in beiden Vertragsstaaten von der Steuer freigestellt bleiben.

Die Absätze 2 bis 5 enthalten hierzu ergänzende Bestimmungen, die teilweise noch über die Präzisierungen des Musterabkommens der OECD hinausgehen.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Absatz 3 dehnt diesen Grundsatz auch auf die Besteuerung von Gewinnen aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens aus.

Zu Artikel 11

Nach diesem Artikel, der dem OECD-Musterabkommen nachgebildet ist, dürfen Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Betriebsstättenvermögens und aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, vom Belegenheits-(Quellen-)Staat besteuert werden. Entsprechend der Regelung für die laufenden Einkünfte (vgl. Artikel 6) gilt jedoch eine Sonderregelung für Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen und Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr sowie für das bewegliche Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit — entsprechend dem Betriebsstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — in dem Staat der Arbeitsausübung nur besteuert werden dürfen, wenn der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Eine Ausnahme hiervon gilt auch hier im Hinblick auf die Besonderheiten des südafrikanischen Steuerrechts jedoch dann, wenn durch die Regelung des Abkommens die Einkünfte in beiden Vertragsstaaten

steuerfrei bleiben würden. Für diesen Fall ist sichergestellt, daß die Einkünfte — auch wenn keine feste Einrichtung für die Zwecke der Berufsausübung besteht — im Staat der Betätigung der Besteuerung unterliegen.

Absatz 2 definiert den Personenkreis, auf den sich die Regelungen des Absatzes 1 beziehen.

Absatz 3 regelt das Besteuerungsrecht für Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen sowie ähnliche Zahlungen. Nach dieser Bestimmung können derartige Vergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß — vorbehaltlich der Artikel 15, 16 und 17 — Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit grundsätzlich im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden dürfen. Dieser Grundsatz ist in den Absätzen 2 und 3 zugunsten nur vorübergehend im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer (Monteure und dgl.) und der Flugzeug- und Schiffsbesatzungen im internationalen Verkehr eingeschränkt, sofern die Einkünfte der betreffenden Personen im Wohnsitzstaat der Besteuerung unterliegen.

Zu Artikel 14

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben.

Zu Artikel 15

Dieser Artikel bestimmt, daß Arbeitsentgelte aus öffentlichen Kassen, ausgenommen wenn sie im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit stehen, im Kassenstaat besteuert werden können. Besitzt der Empfänger der Bezüge jedoch die Staatsangehörigkeit seines Wohnsitzstaates, ohne zugleich die des Kassenstaates zu besitzen, so hat auch der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht. In diesem Fall wird eine Doppelbesteuerung durch Anrechnung der im Kassenstaat erhobenen Steuer vermieden (Artikel 20).

Absatz 4 erstreckt die Regelungen der Absätze 1 und 2 auf Vergütungen, die von der Deutschen Bundesbank, Bundesbahn und der Bundespost, sowie von den entsprechenden Einrichtungen Südafrikas, einschließlich der dort genannten besonderen Institutionen, gezahlt werden.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel bestimmt, daß Ruhegehälter, mit Ausnahme solcher aus öffentlichen Kassen, nur im Wohnsitzstaat des Empfängers besteuert werden dürfen, es sei denn, daß sie dort keiner Besteuerung unterliegen.

Absatz 2 trifft eine Sonderregelung für Ruhegehälter, die aus öffentlichen Kassen gezahlt werden. Hierfür bleibt das Besteuerungsrecht dem Quellenstaat vorbehalten.

Absatz 3 entspricht der in Artikel 15 Absatz 4 getroffenen Regelung.

Zu Artikel 17 und 18

Diese Bestimmungen sollen den deutsch-südafrikanischen Austausch von Lehrkräften und in Ausbildung stehenden Personen fördern. Zu diesem Zweck befreit Artikel 17 die Vergütungen von Gastlehrkräften aus einem der Vertragsstaaten, die sich vorübergehend zur Ausübung einer Lehrtätigkeit oder zu Forschungsarbeiten im anderen Vertragsstaat aufhalten, bis zur Dauer von höchstens zwei Jahren von der Steuer des Gastlandes.

Ebenso sind nach Artikel 18 Studenten und Lehrlinge unter bestimmten Voraussetzungen mit ihren Unterhalts- und Ausbildungsgeldern während der Dauer des Studiums im Gastland steuerbefreit.

Zu Artikel 19

Dieser Artikel enthält die in den deutschen Abkommen übliche Klausel, daß die in den vorhergehenden Artikeln nicht behandelten Einkünfte nur im Wohnsitzstaat besteuert werden dürfen. Voraussetzung ist jedoch, daß die Einkünfte dort der Besteuerung unterliegen.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel legt fest, wie der Wohnsitzstaat die Doppelbesteuerung bei Einkünften vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1

Bei in Südafrika ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung entweder durch Freistellung oder durch Anrechnung der deutschen Steuer auf die zu zahlende südafrikanische Steuer vermieden.

Absatz 2

a) Bei in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Personen werden die südafrikanischen Einkünfte, die in Südafrika besteuert werden können, entsprechend der deutschen Vertragspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt („Freistellungsmethode“). Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die auf diese Weise ausgenommenen Einkünfte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen („Progressionsvorbehalt“). Die Steuerfreistellung wird auch für Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) deutscher Kapitalgesellschaften an südafrikanischen Kapitalgesellschaften gewährt, womit das Schachtelprivileg — in Übereinstimmung mit der deutschen Vertragspraxis — auf südafrikanische Tochtergesellschaften ausgedehnt wird („internationales Schachtelprivileg“).

b) Bei Dividenden aus nicht wesentlichen zwischengesellschaftlichen Beteiligungen und Dividen-Bezügen natürlicher Personen, bei Zinsen, Aufsichts- und Verwaltungsratsvergütungen, sowie bei Vergütungen aus südafrikanischen öffentlichen Kassen, soweit sie nach Artikel 15 nicht bereits von der deutschen Steuer freigestellt sind, wird — wie in den deutschen Abkommen üblich — die Doppelbesteuerung nicht nach der Freistellungs-

methode, sondern durch Anrechnung der von diesen Einkünften in Südafrika entrichteten Steuer vermieden („Anrechnungsmethode“).

c) Auch hinsichtlich der deutschen Vermögensteuer ist als einseitige deutsche Maßnahme grundsätzlich die Anwendung der Freistellungsmethode vorgesehen. Im einzelnen wird hierzu bestimmt, daß in Südafrika gelegene Vermögenswerte von der Bemessungsgrundlage der deutschen Vermögensteuer ausgenommen werden, wenn aus ihnen erzielte oder zu erzielende Einkünfte aus Quellen innerhalb Südafrikas von der Bemessungsgrundlage der deutschen Steuer auszunehmen sind oder wären.

Zu Artikel 21 und 22

Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der südafrikanischen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens.

Artikel 21 regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Artikel 22 sieht vor, daß sich die „zuständigen Behörden“ (die beiderseitigen Finanzministerien; vgl. Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe I) über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- oder Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigen sollen.

Zu Artikel 23

Dieser Artikel untersagt steuerliche Diskriminierungen auf Grund der Staatsangehörigkeit.

Die Absätze 2 und 3 enthalten eine Ausdehnung des Diskriminierungsverbots auf die Besteuerung von Betriebstätten und von Unternehmen, an deren Kapital im anderen Vertragstaat ansässige Personen beteiligt sind.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll rückwirkend angewendet werden und zwar erstmals in der Bundesrepublik Deutschland auf Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1965 und in Südafrika auf Steuern, die für das am 28. Februar 1965 endende Veranlagungsjahr erhoben werden.

Ferner werden alle nach dem 31. Dezember 1964 von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren erhobenen Abzugsteuern in das Abkommen einbezogen.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel regelt das Außerkrafttreten des durch den Notenwechsel vom 9. Mai 1955 und 26. August 1955 geschlossenen Teilabkommens, das sich auf die Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Einkünften aus dem Betrieb von Seeschiffen und Luftfahrzeugen beschränkte.

Zu Artikel 27

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

Zum Notenwechsel

Der anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens stattgefundene Notenwechsel, der einen Bestandteil des Abkommens bildet, enthält die sogenannte „Produktivitätsklausel“. Hierdurch soll sichergestellt werden, daß die Begünstigungen des Artikels 20 Absatz 2 Buchstabe a (Freistellung der südafrikanischen Einkünfte von der deutschen Steuer) nur echt in Südafrika tätigen Gesellschaften zugute kommen, um ungerechtfertigte Steuervorteile bei internationalen Einkommens- und Vermögensverlagerungen zu verhindern.

